

Studien der Sachverständigengruppe
„Weltwirtschaft und Sozialethik“ Bd. 22

Wie sozial-ökologische Transformation gelingen kann

Eine interdisziplinäre Studie im Rahmen des Dialogprojektes zum weltkirchlichen Beitrag der katholischen Kirche für eine sozial-ökologische Transformation im Lichte von *Laudato si'*

Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.)

Studien der Sachverständigenengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“

Wie sozial-ökologische Transformation gelingen kann.
Eine interdisziplinäre Studie im Rahmen des Dialogprojektes zum weltkirchlichen Beitrag der katholischen Kirche für eine sozial-ökologische Transformation im Lichte von Laudato si'

Bonn, 2021

ISBN: 978-3-940137-97-5

Titelillustration:

© poosan – Fotolia.com

Bestelladresse:

Bereich Weltkirche und Migration
der Deutschen Bischofskonferenz
Kaiserstraße 161, 53113 Bonn
Tel. 0228/103-288, Fax 0228/103-335
E-Mail: dbk@azn.de

Autorinnen und Autoren der Studie

Die interdisziplinäre Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ wurde 1989 von der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz eingesetzt, um Institutionen der katholischen Kirche in Fragen der weltwirtschaftlichen Entwicklung zu beraten. Von der Zielsetzung wie von der personellen Zusammensetzung her wird eine Verbindung von ökonomischem und sozialem Sachverstand angestrebt.

Mitglieder der Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“:

Dr. **Bernd Bornhorst**, Leiter der Abteilung für Politik und globale Zukunftsfragen, Misereor, Aachen

Prof. Dr. **Bernhard Emunds**, Professor für Christliche Gesellschaftsethik und Sozialphilosophie an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen, Leiter des Oswald von Nell-Breuning-Instituts, Frankfurt/Main

Prof. **Gabriel Felbermayr**, PhD, Präsident des Instituts für Weltwirtschaft, Kiel

Prof. Dr. **Doris Fuchs**, Professorin für Internationale Beziehungen und Nachhaltige Entwicklung an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

Dr. **Barbara Hendricks**, MdB, Bundesministerin a.D., Berlin

Prof. Dr. **Gerhard Kruijff**, Professor für Christliche Anthropologie und Sozialethik an der Universität Mainz

Prof. Dr. **Matthias Kalkuhl**, Professor für Klimawandel, Entwicklung und Wirtschaftswachstum an der Universität Potsdam

Prof. Dr. **Daniel Lang**, Professor für Transdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung, Leuphana Universität, Lüneburg

Prof. Dr. **Linus Mattauch**, Robert Bosch Juniorprofessur für Nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen an der TU-Berlin

Prof. Dr. **Barbara Schellhammer**, Professorin für Intercultural Social Transformation und Leiterin des Zentrums für Globale Fragen, Hochschule für Philosophie, München

Dr. **Christoph Schinke**, Referent für gesellschafts- und sozialpolitische Grundsatzfragen, Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn

Prof. DDr. **Johannes Wallacher (Vorsitzender)**, Präsident der Hochschule für Philosophie, Professor für Sozialwissenschaften und Wirtschaftsethik an der Hochschule für Philosophie München (Projektleiter)

Prof. Dr. **Joachim Wiemeyer**, Professor für Christliche Gesellschaftslehre an der Ruhruniversität Bochum

Wissenschaftliche Mitarbeiter:

Dr. **Stefan Einsiedel**, Hochschule für Philosophie München

Dr. **Thomas Steinforth**, Hochschule für Philosophie München

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	7
Einleitung	15
1 Sozial-ökologische Transformation: Ebenso dringlich wie herausfordernd	20
1.1 Energiewende	20
1.2 Konsum- und Mobilitätswende	25
1.3 Agrarwende	29
2 Dem Wandel positive Richtung geben.....	32
2.1 Für ein Leben, das gut für alle sein kann.....	32
2.2 Gutes Leben im Rahmen planetarer Grenzen .	33
2.3 Was der Wandel für alle ermöglichen soll	36
3 Hindernisse der Transformation	39
3.1 Schwache Institutionen und Ordnungspolitik	39
3.2 Verteilungskonflikte und ungleiche Machtverhältnisse.....	43
3.3 Mangelnde politische Gestaltung und Kommunikation	46

3.4	Vernachlässigung der kulturellen Dimension	48
4	Wie Transformation gelingen kann	50
4.1	Durch Ordnungspolitik den Wandel befördern	51
4.2	Faire Verteilung von Zumutungen und Handlungschancen	55
4.3	Akzeptanz durch Transparenz und Teilhabe schaffen	59
4.4	Kulturelle Dimension berücksichtigen und nutzen	61
5	Und die Kirche?.....	64
5.1	Ambivalenz von Religionsgemeinschaften und Kirchen.....	64
5.2	Kirchen als potenzielle Akteure des Wandels	68
5.3	Zum Reformbedarf der katholischen Kirche ...	71

Zusammenfassung

Wer nachhaltige Entwicklung und die Globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs: Sustainable Development Goals) erreichen will, kommt an einer sozial-ökologischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft nicht vorbei. Trotz aller damit verbundenen Herausforderungen ist der erforderliche Wandel aber keine unerreichbare Utopie, sondern eine realistische Zukunftsoption. Anhand zentraler Handlungsfelder identifiziert die Studie Hindernisse, welche die notwendigen Veränderungen erschweren. Davon ausgehend werden Stellschrauben benannt, die aktiv angepasst werden müssen, damit die dringend notwendige sozial-ökologische Transformation gelingen kann.

Hindernisse und Konflikte am Beispiel von Energie-, Konsum- und Mobilitäts- sowie Agrarwende

Mit einer *Energiewende*, bei der alle Staaten aus der Kohleverbrennung aussteigen würden, käme die Welt dem Emissionsziel, die globale Erderwärmung unter 2°C zu halten, deutlich näher. Förderung und Verbrennung von Kohle belasten zudem oft nicht nur die heimische Natur- und Kulturlandschaft, sondern vielerorts auch die öffentliche Gesundheit. Kohle ist tatsächlich nur solange eine vermeintlich kostengünstige Energiequelle, wie die ökologischen und sozialen Folgekosten auf andere abgewälzt werden. Deutlich wird am Beispiel der Kohlenutzung auch die Gefahr langfristiger Pfadabhängigkeiten. Länder wie China, die in ihrer Energieversorgung besonders auf Kohle setzen, haben im Zuge der Pandemie ihre Investitionen in diese besonders klimaschädigende Energieerzeugung noch weiter ausgebaut. Für ärmere Länder hemmen hohe Finanzierungskosten den Ausbau erneuerbarer Energien gerade dort, wo sie besonders notwendig und effektiv wären. Dies erschwert technologische Innovationen und den Aufbau einer dezentralen, nachhaltigen Energieversorgung.

Auch am Beispiel der *Konsum- und Mobilitätswende* zeigt sich, wie bestehende Strukturen die Verschwendung knapper Ressourcen, umweltschädigende Produktionsweisen sowie unfaire Arbeits- und Handelsbedingungen fördern. Solange Menschen sich primär über den Konsum definieren und nach stetigem Wohlstands- und Statuszuwachs streben, greifen technologische Veränderungen allein zu kurz: Gerade der motorisierte Individualverkehr zeigt, dass eine echte Mobilitätswende deutlich über alternative Antriebstechnologien hinausgehen muss und nur gelingen kann, wenn sie auch mit einer Konsumwende einhergeht und kulturelle Faktoren nicht vernachlässigt. So ist zu fragen, ob Wohnen, Arbeit, Urlaub oder Freizeit wirklich mit stetig wachsenden Mobilitätsanforderungen verbunden sein müssen. Wie können effizientere Technologien mit einer Kultur des rechten Maßes (Suffizienz) verbunden werden, um wirksame Anreize für mehr Mobilitätsdienstleistungen, längere Produktlebenszeiten und eine umfassende Wiederverwertung der eingesetzten Ressourcen zu geben?

Eine *Agrarwende*, die Landwirtschaft, Nahrungsmittelproduktion und Ernährungsweisen umfasst, wird nicht nur durch problematische Anreizstrukturen (z.B. hinsichtlich Agrarförderpolitik), sondern auch durch nicht nachhaltige Verhaltensroutinen und Ernährungsgewohnheiten erschwert. Viel zu häufig wird hier der Wettbewerb zu Lasten der Schwächsten, besonders der Natur, des Tierwohls, der menschlichen Gesundheit oder von prekär Beschäftigten ausgetragen. Die vorherrschenden Strukturen und Routinen sind nicht leicht zu verändern – gerade dann, wenn sie durch sozio-kulturelle Normen und mangelnde nationale wie internationale Kooperation und Solidarität gestützt werden.

Eine positive Zielperspektive für die Transformation

Eine positive Zielperspektive für nachhaltige Entwicklung kann motivierende und orientierende Kraft entfalten, um Menschen und Gesellschaften zu tiefgreifenden Veränderungen zu bewegen. Deswegen zielt die sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft darauf, dass alle Menschen jetzt und auch zukünftig unter Wahrung der planetaren Grenzen gut leben können: Dazu müssen sie ihre Grundbedürfnisse angemessen befriedigen können, sie brauchen faire Handlungsspielräume und Beteiligungschancen sowie Entscheidungsprozesse, die gerecht und inklusiv sind. Studien belegen, dass dies bei geeigneten und zügigen Strukturreformen ohne große Einschränkungen der Lebensqualität und Wohlfahrtseinbußen möglich ist.

Stellschrauben gelingender Transformation

Vor dem Hintergrund der genannten Hindernisse werden zentrale Stellschrauben definiert. Diese können den erforderlichen sozial-ökologischen Wandel wesentlich befördern, wenn sie in ihren wechselseitigen Bezügen gemeinsam berücksichtigt und adressiert werden. Da nicht alle Konsequenzen vorhersehbar sind, sind die Reformen als kontinuierlicher Lernprozess zu gestalten. Unverzögliche Anpassungen sind dringend erforderlich.

1. Ordnungsrahmen schaffen, der Innovationen und das Gemeinwohl befördert

Grundlage für die sozial-ökologische Transformation ist ein Ordnungsrahmen, der Anreize für gemeinwohlförderliche soziale und technologische Innovationen schafft. Eingefahrene Handlungsrouninen müssen angepasst werden. Politische wie wirtschaftliche „Trittbrettfahrer“, die sich auf Kosten sozial Schwächerer, künftiger Generationen oder der Umwelt kurzfristige Vorteile verschaffen, sind durch veränderte Rahmenbedin-

gungen in die Schranken zu weisen. Nur dann wird eine verursacherge-
rechte Bepreisung von Umwelt- und Ressourcenverbrauch, sozialer Aus-
gleich und bürgerliche Teilhabe zu gewährleisten sein.

Um das Gemeinwohl zu fördern und soziale und technologische Innova-
tionen voranzubringen, sind nicht nur mutige Investitionen in Bildung,
Infrastruktur und Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, son-
dern auch innovative Politikinstrumente, angemessene Kontroll- und
Mitwirkungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft sowie mehr internatio-
nale Kooperation und Solidarität notwendig. Zukunftsfähige Technolo-
gien und Anreizstrukturen zu etablieren, bedarf meist längerer Anlaufzeit
und guter Koordination, bis sie auf nationaler sowie internationaler Ebene
effektiv zusammenwirken.

Dies wird am Beispiel der Bepreisung von klimaschädlichen Emissionen
deutlich: Nach der Einführung des EU-Emissionszertifikationshandels ist
es für die Weiterentwicklung nun wichtig, Mengen und wo möglich auch
Preise zügig anhand wissenschaftlicher Daten und unabhängig vom politi-
schen Tagesgeschäft festzusetzen und bisher nicht erfasste Emissionen
(Verkehr, Gebäude) ebenfalls der CO₂-Bepreisung zu unterziehen. Bezüg-
lich der weltweiten Bepreisung sind multilaterale Vereinbarungen über
CO₂-Mindestpreise, ergänzt durch Transfers für Investitionen in erneuer-
bare Energien zu empfehlen. Insbesondere ärmere Länder, in denen der
größte Investitionsbedarf und das kostengünstigste Anwendungspoten-
zial für regenerative Energien bestehen, müssen durch partnerschaftliche
Zusammenarbeit befähigt werden, diese Technologien flächendeckend
anzuwenden und selbst (weiter-) zu entwickeln. Im Sinne einer gerechten
Lastenverteilung sollten die Regierungen, Unternehmen und Finanzinsti-
tutionen wohlhabender Länder durch Technologie- und Finanzierungshilfen
einen weit größeren Beitrag zum Kampf gegen Armut und Klimawandel leisten.

2. Zumutungen und neue Handlungschancen fair verteilen

Nachhaltige Entwicklung ist eine Frage der Gerechtigkeit. Angesichts der in der Studie beschriebenen Verteilungskonflikte ist ehrliche Transformationspolitik immer auch eine Politik der fairen Verteilung von Zumutungen, die allen Beteiligten auch neue Handlungschancen eröffnen. Dazu ist es erforderlich, die Betroffenen der verschiedenen Verteilungskonflikte in Gestaltungsprozesse einzubinden und in die Verantwortung zu nehmen. Eine zunehmend wichtige Rolle spielen dabei die so genannten „stranded assets“. Wer beispielsweise seinen Wohlstand dem Besitz fossiler Ressourcen oder der Nutzung nicht mehr zeitgemäßer Technologien verdankt, kann Einschränkungen in seinem bisherigen Geschäftsmodell nicht einfach als „kalte Enteignung“ ablehnen, sondern steht in besonderer Verantwortung, sich konstruktiv an gemeinwohlförderlichen Innovationen und Reformen zu beteiligen.

Wer die Transformation gestalten will, muss auch die damit verbundenen Machtfragen benennen, um Barrieren und Gegenkräfte erfolgreich identifizieren und überwinden zu können. Um dabei von den unvermeidlichen Verteilungskonflikten nicht gelähmt zu werden, ist es hilfreich, den betroffenen Interessensgruppen frühzeitig zu vermitteln, dass die Einschränkungen unter den richtigen Voraussetzungen und einem angemessenen sozialen Ausgleich nicht nur verkraftbar sind, sondern neue, fair zu verteilende Perspektiven eröffnen.

3. Gesellschaftliche Unterstützung durch Transparenz und Teilhabe fördern

Mangelnde politische Gestaltung und Kommunikation im Umgang mit den genannten Verteilungskonflikten tragen dazu bei, dass Vertrauen in Transparenz und Teilhabe (zwei Grundversprechen des demokratischen Staates) verloren gehen. Der politische Populismus profitiert von materiellen und ideellen Verlustängsten. Er verstärkt sie deshalb gezielt, indem

er die Verantwortung für komplexe Probleme und damit auch die Eigenverantwortung des Einzelnen an globale Feindbilder abschiebt. Damit bietet der politische Populismus verlockend einfache, gern nationalistisch geprägte Antworten an.

Die Antwort auf diesen Vertrauensverlust sieht die Studie in drei Schritten: erstens, diese Erschütterung anzuerkennen, zweitens Informations-, Mitsprache- und Teilhabemöglichkeiten zu verbessern sowie drittens populistische Instrumentalisierungen, die diesen Vertrauensverlust zum eigenen Vorteil verstärken und kein Interesse an konstruktiven Lösungen haben, zu entlarven. Deshalb müssen die widersprüchlichen Haltungen des Rechtspopulismus in Bezug auf den Klimawandel offengelegt und konkrete Transformationsvorhaben möglichst partizipativ gestaltet werden. „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, die Lust auf Veränderung weckt und Erfolgserlebnisse vermittelt, ist nicht nur ein probates Mittel gegen Populismus, sondern stärkt auch die Fähigkeit und Bereitschaft künftiger Generationen von Politiker/innen, multilateral, regel-basiert und im engen partnerschaftlichen Austausch mit der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten.

4. Transformation als kulturelle Aufgabe ernstnehmen

Die kulturelle Dimension des Wandels wird bei den einzelnen Reformvorschlägen häufig vernachlässigt und daher leicht von populistischen Bewegungen vereinnahmt. Populisten erwecken zwar gerne den Eindruck, religiöse oder kulturelle Traditionen zu bewahren, faktisch verraten sie aber häufig die Werte, die diesen Traditionen zugrunde liegen. Wer die sozial-ökologische Transformation voranbringen will, muss das „kulturelle Bedeutungsgewebe“ wertschätzen, das sich häufig nur langsam verändert und somit träge, aber auch tragfähig ist. Häufig verändern sich Lebens- und Konsumstile zunächst in „Nischen“; es gilt, sie sensibel wahrzunehmen und zu fragen: Warum sind diese „nischenhaften“ Veränderungen erfolgt, welche Faktoren haben sie begünstigt – und was lässt sich daraus

lernen für die Gestaltung struktureller Ermöglichungs- und Anreizbedingungen, um diese über die Nische hinaus zu verbreiten?

Der Beitrag der katholischen Kirche zum gelingenden Wandel

Die Glaubwürdigkeit der Kirche, gegenüber den eigenen Gläubigen ebenso wie als gesamtgesellschaftlicher Akteur, hängt wesentlich von der Fähigkeit zu kohärentem Handeln ab. In Bezug auf die sozial-ökologische Transformation bedeutet das: Forderungen nach wirklichem Wandel, Bewahrung der Schöpfung und globaler Gerechtigkeit können nur dann glaubhaft und wirksam vertreten werden, wenn sie vom ständigen Bemühen begleitet sind, diese Werte auch selbst vorzuleben. Das Wissen um die genannten Stellschrauben gelingenden Wandels sollte daher innerhalb des gesamten kirchlichen Einfluss- und Verantwortungsbereichs verstärkt zur Anwendung kommen. Wenn dies gelingt, kann die katholische Kirche als Weltkirche nicht nur ihr materielles und strukturelles Vermögen, sondern auch ihr spezifisches Potential als Glaubensgemeinschaft in den gesamtgesellschaftlichen Wandlungsprozess einbringen: ihr Eintreten für die Verwundbaren und Marginalisierten, Traditionen des rechten Maßes und universaler Gerechtigkeit, ein holistisches Verständnis von Lebensqualität sowie eine Spiritualität, die durch Durststrecken trägt, Gemeinsamkeiten sucht und Hoffnung vermittelt.

Um dieses Potential noch stringenter umzusetzen, empfiehlt die Studie eine bessere organisatorische Verankerung für eine kohärente Nachhaltigkeitsstrategie in allen deutschen Diözesen. Beim Gebäudemanagement ist ein konsequenter Wechsel zu erneuerbaren Energien geboten. Die schrittweise Umstellung möglichst aller Heizungen, die Verwendung ökologischer Baumaterialien und der flächendeckende Wechsel auf Ökostrom für alle kirchlichen Liegenschaften sollten selbstverständlich sein. Ferner sollte das bewährte Prinzip gestärkt werden, kirchliche Immobilien zum Teil auch unter den ortsüblichen Marktpreisen zu vermieten, um bestimmte Wohnformen (z. B. Mehrgenerationenhäuser) und eine breite Mischung verschiedenster Sozial- und Einkommensmilieus zu

fördern. Ebenfalls großes Potenzial liegt in der konsequenten Ausrichtung des kirchlichen Beschaffungswesens an sozial-ökologischen Kriterien. Dies umfasst kirchliche Fuhrparks und Richtlinien für erstattungsfähige Dienstreisen ebenso wie kirchliche Küchen, in denen mehr Vollwertkost, „bio-regio“ sowie „Fair Trade“ die Regel sein sollten. Im Bereich des Flächenmanagements besteht ebenso wie in der Vermögensverwaltung Klärungsbedarf, in wie weit die bereits vielerorts eingeführten Nachhaltigkeitskriterien weiter vereinheitlicht und verbessert werden können, was angesichts der Vielzahl verschiedener kirchlicher Rechtsträger eine große Herausforderung darstellt. Eine solche Diskussion hätte gesamtgesellschaftlichen Signalcharakter, wenn es gelänge, die damit verbundenen Verteilungskonflikte frühzeitig mit allen Betroffenen zu erörtern und auf der Grundlage geteilter Wertvorstellungen eine gemeinsame Regelung zu finden.

Im globalen Kontext gewinnt besonders die Debatte um eine verantwortbare Bevölkerungspolitik und Familienplanung weiter an Dringlichkeit, da alle sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen SDGs bei stark wachsenden Bevölkerungszahlen in vielen ärmeren Ländern kaum gleichzeitig zu erreichen sein dürften.

Oft waren und sind es gerade basisdemokratische Gruppierungen und Verbände, die innerkirchlich wie gesamtgesellschaftlich Pionierarbeit für Zukunftsthemen wie aktiven Umweltschutz, Fair Trade oder nachhaltige Geldanlagen geleistet haben und die diese Anliegen in der Breite weiter vorantreiben. Angesichts der strukturellen Krise der institutionalisierten Kirche stellen diese Gruppierungen eine Ressource dar, deren Bedeutung in den kommenden Jahren noch stark zunehmen dürfte.

Einleitung

Die zentralen Herausforderungen unserer Zeit sind eng miteinander verknüpft und können nur gemeinsam gelöst werden. Dies hat Papst Franziskus in seiner im Mai 2015 veröffentlichten Enzyklika *Laudato si'* (LS) verdeutlicht. Er drängt auf eine umfassende Problemanalyse und fordert eine neue, integrale Idee von Fortschritt, damit „unser gemeinsames Haus“ eine Zukunft hat. So unterschiedlich die Ursachen von weltweiter Armut und sozialen Ungleichheiten auf der einen, die fortschreitende Zerstörung unserer Lebensgrundlagen durch Klimawandel und andere Umweltprobleme auf der anderen Seite auch sein mögen, so offenkundig sind inzwischen die vielfältigen Verknüpfungen. So sind die armen Menschen, Regionen und Länder, die am wenigsten Ressourcen verbrauchen und zum Klimawandel beigetragen haben, schon jetzt und vor allem zukünftig überproportional von den negativen Folgen betroffen und haben deutlich weniger Möglichkeiten, sich an die veränderten Bedingungen anzupassen.

Mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und ihren 17 Globalen Nachhaltigkeitszielen (SDGs: Sustainable Development Goals) hat die Staatengemeinschaft diesen Impuls aufgegriffen und sich im September 2015 dazu verpflichtet, gemeinsam die Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung weltweit zu schaffen. Die Staaten räumen ein, dass es nicht nur verbreitete Formen der Unter-, sondern auch der Fehlentwicklung gibt, die durch geeignete Reformen zu korrigieren sind. Gleichzeitig haben sie vereinbart, die einzelnen Ziele (vgl. Abb. 1) jeweils zu konkretisieren und dafür geeignete politische Reformen auf den Weg zu bringen.

Leider finden die Zielkonflikte zwischen den einzelnen SDGs, vor allem im Hinblick auf die Rolle von Wirtschaftswachstum, meist keine ausreichende Beachtung. Mit der Studie *Raus aus der Wachstumsgesellschaft? Eine sozioethische Analyse und Bewertung von Postwachstumsstrategien* hat die Sachverständigenengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ (SWS)¹ im Jahr 2018 dafür eine Orientierung vorgelegt mit dem Ergebnis, dass es

weder gerechtfertigt ist, Wachstum als vorrangige wirtschaftspolitische Strategie zu verfolgen, noch es generell abzulehnen. Notwendig ist vielmehr eine sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft.



Abbildung 1: Die Globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs: Sustainable Development Goals)

In diesem Zusammenhang spricht der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) von einer notwendigen großen Transformation, einem „fundamentalen Wandel, der einen Umbau der nationalen Ökonomien und der Weltwirtschaft innerhalb dieser [planetaren] Grenzen vorsieht, um irreversible Schädigungen des Erdsystems sowie von Ökosystemen und deren Auswirkungen auf die Menschheit zu vermeiden.“² Zentrale Zielperspektive ist dabei, bis Mitte dieses Jahrhunderts weltweit in einer Nettobetrachtung keine Treibhausgase mehr zu emittieren. Je nachdem wie ehrgeizig die derzeitigen Emissionen reduziert werden und wie schnell dieser Zeitpunkt globaler Klimaneutralität erreicht ist, kann es gelingen, die voranschreitende Erwärmung des Planeten auf 2 Grad, besser noch 1,5 Grad bis zum Jahr 2100 zu begrenzen. Um diese gesamtgesellschaftliche Herausforderung zu bewältigen, formuliert die SWS-Studie folgende Leitplanken (vgl. Abb. 2):

1. Zügige Einleitung umfassender Strukturreformen zur Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch. Zentral ist hierfür eine verursachergerechte Bepreisung von Umweltgebrauch, damit die sozialen und ökologischen Kosten, welche Produktion und Konsum verursachen, nicht weiter auf Dritte, besonders sozial Schwächere und nachfolgende Generationen, abgewälzt werden („Externalisierung von Kosten“). Dies schafft auch wirksame Anreize für technische Innovationen, stärkt den Wettbewerb auf der Angebotsseite ebenso wie die Transparenz und Wahlfreiheit für Konsumenten und Konsumentinnen.

Elemente einer sozial-ökologischen Transformation



Abbildung 2: Leitplanken einer sozial-ökologischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft

2. Diese Strukturreformen sind mit beachtlichen Verteilungseffekten und entsprechenden Interessenskonflikten verbunden. Sie benötigen daher als tragende Pfeiler einen angemessenen sozialen Ausgleich und eine wirksame internationale Abstimmung. Nur so ist es möglich, den notwendigen breiten Konsens in der Bevölkerung zu erzielen und sich erfolgreich gegen „Trittbrettfahrer“ zu schützen, die sich mit geringeren Umwelt- und Sozialstandards Vorteile im Wettbewerb verschaffen wollen.

3. Eine Politik der sozial-ökologischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft ist zudem durch einen tiefgreifenden Kultur-, Bewusstseins- und Wertewandel vorzubereiten, zu ergänzen und zu begleiten.

Aufgrund der wachsenden sozialen Ungleichgewichte und der fortschreitenden Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist das Zeitfenster für die erforderliche sozial-ökologische Transformation äußerst begrenzt. Umso wichtiger ist es, die notwendigen Veränderungen unverzüglich und mit großem Nachdruck einzuleiten, partizipativ zu gestalten und dabei für eine gerechte Verteilung von Vorteilen und Lasten (von Veränderungen wie von Nichthandeln) zu sorgen.

Die COVID-19 Pandemie hat, wie Papst Franziskus in seiner jüngsten Enzyklika *Fratelli tutti* formuliert, „unsere falschen Sicherheiten offen[ge]legt“ (FT 7). Es ist zu befürchten, dass die sozialen Ungleichheiten durch die Pandemie global und innerhalb vieler Länder noch weiter vertieft und verfestigt werden. Zudem besteht die Gefahr, dass die krisenbedingte Verunsicherung die Akzeptanz von ökologischen und sozialen Reformen reduziert oder politische Maßnahmen sich auf kurzfristige Krisenintervention beschränken. Politische Eingriffe und Konjunkturprogramme müssen aber konsequent dafür genutzt werden, den notwendigen Strukturwandel für eine sozial-ökologische Transformation zu befördern, auch um zukünftigen Krisen vorzubeugen.

Vor diesem Hintergrund möchte die Sachverständigengruppe mit der vorliegenden Studie darlegen, welche Parameter und Stellschrauben den erforderlichen Wandel befördern und dabei auch den spezifischen Beitrag der katholischen Kirche als Weltkirche beleuchten. Zu Beginn (Kap. 1) werden drei Beispiele aus zentralen Handlungsfeldern der sozial-ökologischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft (Energie, Mobilität, Landwirtschaft) kurz veranschaulichen, wie dringlich rasche Veränderungen sind und wie eng dabei wesentliche Ziele nachhaltiger Entwicklung (SDGs) miteinander verzahnt sind. Die ausgewählten Beispiele verdeutlichen, dass die sozial-ökologische Transformation große Chancen

bereithält, aber auch gesellschaftliche Anstrengungen verlangt.

Um Menschen und Gesellschaften zu den erforderlichen Veränderungen zu bewegen, ist neben der Einsicht in die Notwendigkeit des Wandels auch eine positive Zielperspektive nötig, die motivierende und orientierende Kraft entfalten kann (Kap. 2). Dann werden zunächst die Faktoren eingehender analysiert, welche die notwendigen Transformationsprozesse behindern (Kap. 3), um ausgehend davon Parameter und Pfade zu benennen, welche Innovationen zügig einleiten und wirksam voranbringen können (Kap.4). Abschließend wird die Bedeutung der Kirchen und Religionsgemeinschaften für den Wandel untersucht (Kap. 5). Die Kirche hat als weltweite Lerngemeinschaft besonderes Potenzial, um einen spezifischen Beitrag für die Transformation leisten zu können. Dafür ist aber auch zu analysieren, wo, unter welchen Umständen und wodurch die Kirchen Transformationsschritte behindern und wie man diese Barrieren überwinden kann.

1 Sozial-ökologische Transformation: Ebenso dringlich wie herausfordernd

Drei Beispiele aus zentralen Handlungsfeldern der sozial-ökologischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft werden zunächst kurz veranschaulichen, wie dringlich rasche Veränderungen sind, gerade auch im Hinblick auf die wesentlichen Ziele nachhaltiger Entwicklung (SDGs). Zugleich verdeutlichen diese Beispiele auch, welche Hindernisse den notwendigen Wandel erschweren bzw. welche Gründe dagegen vorgebracht werden – dass es aber trotzdem möglich ist, den Wandel zu gestalten.

1.1 Energiewende

Aufgrund ihrer hohen ökonomischen, gesellschaftlichen und ökologischen Bedeutung ist die Energiebranche für die notwendige Transformation zentral. Dies wird v.a. an der Kohleverbrennung deutlich, da wichtige globale Nachhaltigkeitsziele (v.a. saubere Energie, nachhaltiges Wirtschaftswachstum, Klimaschutz, Gesundheit) nur durch einen Ausstieg aus der Kohle als zentralem Energieträger zu realisieren sind.

Mit mehr als einem Drittel der weltweiten Emissionen ist die Kohleverbrennung die wichtigste Ursache klimaschädlicher Treibhausgase. Würden alle Staaten aus der Kohleverbrennung aussteigen, käme die Welt dem Emissionsziel, die globale Erderwärmung unter 2 °C zu halten, deutlich näher³. Zugleich schädigen die Förderung und Verbrennung von Kohle weltweit die Natur- und Kulturlandschaft sowie die biologische Vielfalt. Ebenso beeinträchtigen sie vielerorts die öffentliche Gesundheit und die Menschenrechte – etwa durch Vertreibung, Verschärfung der Wasserknappheit oder durch unwürdige und gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen.

Rein ökonomisch betrachtet wäre der Kohleausstieg ein lohnendes Unterfangen, wenn man tatsächlich *alle* gesellschaftlichen Kosten inklusive der bezifferten Schäden für Menschen und Umwelt berücksichtigt: Dann

ließe sich bis 2050 eine Netto-Ersparnis von etwa 1,5 % der globalen Wirtschaftsleistung erreichen und in besonders kohleintensiven Volkswirtschaften könnte dieser Effekt bereits deutlich früher eintreten.⁴

Der globale Kohleausstieg ist nicht nur dringlich und sinnvoll, sondern auch vergleichsweise einfach zu erreichen. Da erneuerbare Energien Kohle als Energieträger weitgehend ersetzen können, ließe sich der Kohleausstieg primär mit innovativen Technologien gestalten, ohne zwingend einen umfassenden Bewusstseins- und Verhaltenswandel sehr vieler Menschen vorauszusetzen.

Dennoch ist ein globaler Kohleausstieg nicht in Sicht: Trotz aller unterschiedlich motivierter Ausstiegsprozesse in einigen Industrieländern gibt es seit den 2000er-Jahren eine regelrechte Renaissance der Kohle v.a. in aufstrebenden Volkswirtschaften mit teils wachsenden Zahlen in der Förderung und dem Verbrauch von Kohle, allen voran im austral-asiatischen Bereich.⁵ China und Indien setzen seit Längerem auf vermeintlich billigen Kohlestrom. Ihre Konjunkturprogramme zur Überwindung der Corona-Pandemie verstärken diese Entwicklung noch⁶, während in Subsahara-Afrika ein regelrechter Kohle-Boom noch bevorstehen könnte. Durch den Aufbau entsprechender Infrastruktur würden langfristige Pfadabhängigkeiten geschaffen und der Umstieg auf eine nachhaltige und dezentrale Energieversorgung blockiert, welche zur Bekämpfung der Energiearmut gerade in ländlichen Regionen sinnvoll wäre.⁷

Es gibt also offensichtlich sehr wirkmächtige Faktoren, die einem raschen Abschied von der fossilen Energieversorgung im Wege stehen: Kohle ist deshalb nach wie vor sehr attraktiv, weil sie eine relativ günstige Energiequelle darstellt, solange die hohen ökologischen und sozialen Kosten weiter unberücksichtigt bleiben und auf andere abgewälzt, also externalisiert werden. Ebenso werden die Gesundheitskosten oft ausgeblendet und nicht ursächlich mit der Kohle in Verbindung gebracht.⁸ Ein entscheidender ökonomischer Anreiz für die Transformation wäre daher die konsequente und global abgestimmte Einpreisung

aller Kosten und das Ende aller direkten und indirekten Subventionszahlungen. Solange dies nicht in ausreichendem Maße und international koordiniert erfolgt, kann der in vielen Staaten geförderte Ausbau erneuerbarer Energien sogar zu einem paradoxen Effekt führen: Fossile Energieträger könnten nämlich infolgedessen noch billiger werden, wenn deren (meist staatliche bzw. regierungsnahe) Eigentümer alle Möglichkeiten ausschöpfen, ihre eigenen Ressourcen möglichst umfassend zu verkaufen, solange dies noch möglich ist.

Staaten mit großen eigenen Kohlevorräten rechtfertigen die Kohleverbrennung oft auch mit Verweis auf die Sicherheit der Versorgung und Unabhängigkeit von anderen Staaten. Dies wird häufig verstärkt durch eine hohe symbolische Bedeutung, da Industrialisierung und Wohlstand in der Vergangenheit oft mit Kohlegewinnung einhergingen. Damit verbunden sind meist auch Verteilungskonflikte, da einzelne Regionen wirtschaftliche und soziale Folgeprobleme fürchten und sich daher gegen einen vermeintlich übereilten Ausstieg wehren. Gerade die Steinkohleförderung in der Bundesrepublik zeigt aber, dass der Ausstieg aus einer nicht mehr zeitgemäßen Energieversorgung durch staatliche Subventionen unnötig verteuert und verzögert werden kann. Bereits 1957 arbeitete jede zweite Zeche im Ruhrgebiet nicht mehr kostendeckend, doch zwischen 1950 und 2008 wurden insgesamt über 300 Milliarden Euro an Finanzhilfen, Steuererleichterungen und weiteren Zuschüssen aufgewendet. Noch im Jahre 2008 beliefen sich die jährlichen Subventionen für die Steinkohlewirtschaft auf 233.000 Euro pro Arbeitsplatz.⁹ Die Zahl der Beschäftigten in der Steinkohleindustrie sank in dieser Zeit von 600.000 auf 30.000. Im Vergleich dazu waren im Jahr 2017 nach Angaben des Umweltbundesamtes mindestens 2,8 Mio. Menschen im Umweltsektor erwerbstätig.¹⁰

Für viele Entwicklungs- und Schwellenländer steht eine kohlebasierte Energieversorgung auch heute noch für ein vermeintlich einfaches und

kostengünstiges Entwicklungsmodell, auch weil man künftige Kostensenkungen (etwa durch positive Lernkurven) bei erneuerbaren Energien häufig unterschätzt. So sehen viele politische Akteure im Aufbau einer energieintensiven Schwerindustrie mit ihren damit verbundenen Infrastrukturinvestitionen und Agglomerationseffekten immer noch den einfacheren Schritt zur Industrialisierung und Überwindung der Armut.¹¹ Zudem scheint für diese Länder die Kohle besonders vorteilhaft, weil klimafreundlichere Alternativen wie erneuerbare (und meist dezentral erzeugte) Energien aktuell oft weitaus höhere Investitionskosten aufweisen, als dies bei der Kohle der Fall ist. Während in der EU, den USA und Teilen Asiens die Zinsen auf einem Rekordtief sind, liegen diese in Subsahara-Afrika wegen der Knappheit an Kapital und höheren Investitionsrisiken teilweise sogar im zweistelligen Bereich. Die hohen Kapitalkosten erschweren den Ausbau erneuerbarer Energien gerade dort, wo sie besonders notwendig und effektiv wären.¹²

Der entscheidende Faktor für die weltweit immer noch große Attraktivität der Kohle dürfte ihre hohe Verfügbarkeit sein. Die folgende Grafik veranschaulicht auf einen Blick die enormen Reserven an Kohle im Vergleich zu anderen fossilen Energien – und vor allem im Vergleich zu dem kleinen CO₂-Budget, das mit Rücksicht auf den Klimawandel überhaupt noch emittiert werden dürfte (Abb. 3).



Abbildung 3: Größenvergleich der noch nicht genutzten Reserven fossiler Energieträger (links Kohle, rechts Erdöl und Erdgas) im Vergleich zu dem kleinen CO₂-Budget (rechts unten), das mit Rücksicht auf den Klimawandel überhaupt noch emittiert werden darf. (Eigene Darstellung basierend auf BGR Energiestudie 2018 und MCC Carbon Clock)¹³

Kohle würde auch bei anhaltend hohem Verbrauch noch für sehr lange Zeit verfügbar sein. Zugleich verdeutlicht das Schaubild aber auch die erwähnte Dringlichkeit des Kohleausstiegs: Für die Einhaltung des 1,5°C- bzw. 2°C-Erwärmungslimits dürfte nur noch ein begrenztes CO₂-Budget¹⁴ (rechts unten in der Grafik zu erkennen) verbraucht werden. Dies ist nur zu erreichen, wenn der überwiegende Teil der fossilen Energieträger ungenutzt im Boden verbleibt. Dass ein Umstieg dennoch möglich ist, zeigen Erfahrungen aus den Niederlanden, wo es in den 1960er-Jahren gelang, den anfangs hochumstrittenen Ausstieg aus der Kohleförderung durch einen gut moderierten Beteiligungsprozess der verschiedenen Interessengruppen erstaunlich schnell und effizient zu gestalten. In Großbritannien

hat in den letzten Jahren die angemessene und langfristig vorhersehbare Bepreisung von Emissionszertifikaten wesentlich zu einem wohlgeordneten und relativ geräuschlosen Kohleausstieg beigetragen.¹⁵

1.2 Konsum- und Mobilitätswende

Auch die westlichen (und zunehmend weltweiten) Konsummuster (und die damit korrespondierenden Produktionsmuster) bedürfen einer Wende, wenn eine sozial-ökologische Transformation gelingen soll.

Die Herstellung von immer mehr Gütern, die von immer mehr Menschen erworben und individuell besessen werden sollen, ist veränderungsbedürftig, wenn Produktion, Verteilung und Entsorgung der steigenden Gütermenge ökologische und soziale Probleme verursachen. Dazu zählen v. a. die Verschwendung knapper Ressourcen, umweltschädliche Produktionsweisen sowie unfaire Arbeits- und Handelsbedingungen. Darüber hinaus gilt es jedoch auch, die Folgen für den konsumierenden Menschen selbst kritisch zu reflektieren: Die Möglichkeit, persönliche Präferenzen durch entsprechenden Güterkonsum zu befriedigen, ist für die individuelle Freiheit und die selbstbestimmte Lebensgestaltung wichtig und positiv. Doch die Wahl- und Konsumfreiheit wird dann problematisch, wenn der Gütererwerb (gefördert durch Werbung und Anreize) dazu führt, dass Menschen sich primär über den Konsum definieren und nach stetigem Wohlstands- und Statuszuwachs streben. Diese verengte Sichtweise, oft verstärkt durch tradierte soziale Normen¹⁶, geht nicht selten zulasten anderer Lebensziele wie Gesundheit und langfristiger Zufriedenheit.

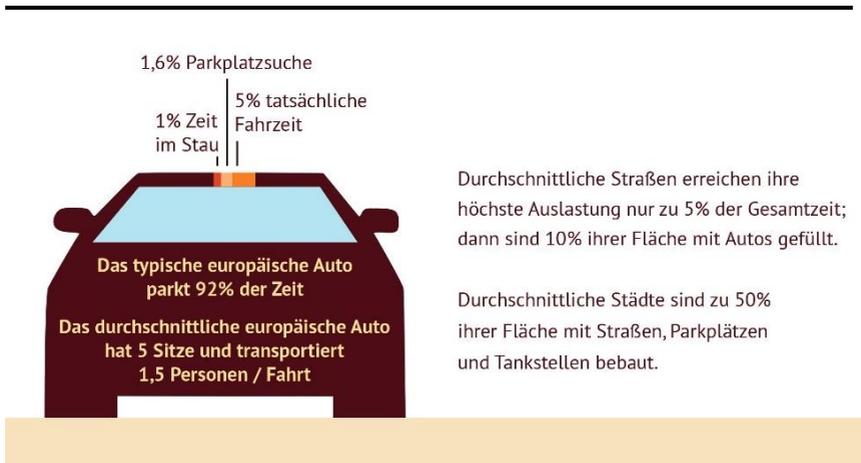


Abbildung 4: Tatsächliche Nutzungszeit durchschnittlicher Pkw und Straßen in Europa (Eigene Darstellung in Anlehnung an Circular Economy Report 2015)¹⁷

Als Beispiel für das komplexe Handlungsfeld der Konsum- und Mobilitätswende sei hier der für viele Volkswirtschaften und Gesellschaften so wichtige motorisierte Individualverkehr herausgegriffen. Bedenkt man z.B., dass Pkw in Europa im Durchschnitt zu 92 % der Zeit ungenutzt bleiben, stehen Ressourceneinsatz und Umweltbelastung durch die Produktion in einem krassen Missverhältnis zu dem dadurch erzeugten Mobilitätsnutzen (vgl. Abb. 4). Wenn das Auto in einer Weise produziert würde, die eine weitgehende Wiederverwertung aller eingesetzten Ressourcen ermöglicht (Kreislaufwirtschaft) oder wenn es mit geeigneten Dienstleistungsangeboten und Sharing-Modellen von möglichst vielen Personen genutzt würde („Nutzen statt Besitzen“¹⁸), würde sich das Verhältnis von Umweltbelastung und Mobilitätsnutzen bereits deutlich verbessern. Noch nachhaltiger wäre es, wenn unnötiger Verkehr vermieden und der Mobilitätsnutzen durch andere Verkehrsträger erzeugt würde. Das würde auch den nutzungsbedingten Energieverbrauch, umweltschädliche Emissionen, Gefährdung der Gesundheit¹⁹ (v.a. durch Bewegungsmangel und unfallbedingte Personenschäden) und die Belegung öffentlichen Raums durch fahrende wie parkende Autos deutlich reduzieren.

Dies verdeutlicht, dass eine echte Mobilitätswende deutlich über alternative Antriebstechnologien hinausgehen muss. Im Sinne der Suffizienz ist zu fragen, ob Wohnen, Arbeit, Urlaub oder Freizeit wirklich mit stetig wachsenden Mobilitätsanforderungen verbunden sein müssen, was die Diskussionen um die Zukunft der Mobilität – zumindest bis vor Ausbruch der Corona-Pandemie – oft nahegelegt haben. Um die angesprochenen sozialen und ökologischen Probleme zu reduzieren, ist zudem eine durch entsprechende Angebote und Anreize gestützte Konsum- und Mobilitätskultur erforderlich, die stärker auf „Nutzen statt Besitzen“ setzt. Die Objekte, die weiterhin besessen werden, müssen zudem möglichst lange genutzt und danach einer möglichst umfassenden Wiederverwertung der eingesetzten Ressourcen zugeführt werden.

Allerdings zeigt das Beispiel der Reduktion des Fahrzeugbesitzes auch, wie schwer der notwendige Wandel in Gang kommt. Zwar gibt es positive Ansätze wie diverse Sharing-Modelle oder verbesserte Wiederverwertungszyklen. Versuche, den städtischen Autoverkehr durch die Einführung von City-Maut und höheren Parkgebühren unattraktiver zu machen, erweisen sich dort als erfolgreich, wo gleichzeitig der ÖPNV und andere Verkehrsträger samt deren Infrastruktur attraktiver gestaltet werden konnten. Gleichwohl ist eine breite Abkehr vom motorisierten Individualverkehr nicht zu erkennen. Die dem Wandel entgegenwirkenden Beharrungskräfte sind vielfältig.

Nicht nur in Deutschland hat die Automobilindustrie eine zentrale wirtschaftliche Bedeutung, sodass der Umbau hin zu einer nachhaltigeren Mobilität zu ökonomischen und sozialen Verwerfungen führen kann. Tatsächlich führt der hohe Stellenwert der Automobilindustrie oft dazu, dass die Politik vor allem die etablierten Technologien und entsprechende Arbeitsplätze zu erhalten versucht und der technische Wandel dann verspätet, aber umso heftiger erfolgt. Die Tatsache, dass 2017 in Deutschland fast 10 % der Bruttowertschöpfung auf den Automobilsektor zurückzuführen waren und fast die Hälfte aller Patentanmeldungen von juristischen Personen aus der Autoindustrie kamen²⁰, zeigt, wie wichtig es ist, den Wandel

zu veränderten Mobilitätskonzepten und neuen Antriebstechniken proaktiv zu gestalten. Der notwendige Wandel erfordert eine komplexe politische und unternehmerische Steuerung. Dabei sollten die Chancen digitaler Intelligenz nicht nur für die Herstellung hochklassiger Fahrzeuge und die intelligentere Steuerung des Individualverkehrs, sondern besonders auch für die Verbesserung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs und ein flächendeckendes attraktives Tarifsysteem eingesetzt werden.²¹

Zugleich zeigt gerade die Automobilbranche, dass Güter in vielen Fällen nicht nur wegen ihres Nutzwerts erworben werden. Güter dieser Art sprechen für viele Menschen wichtige Status- und Distinktionsbedürfnisse an – ein Effekt, den Werbung und Marketing gezielt verstärken.²² Hinzu kommt, dass der Besitz eines Autos in vielen Gesellschaften schlicht als „selbstverständlich“ gilt, so dass andere Optionen kaum ernsthaft erwogen werden.²³ Hier zeigt sich exemplarisch die große Bedeutung von Handlungsrouitinen und sozial stabilisierten Gewohnheiten. Wirkmächtige Routinen dieser Art, die für den gesamten Konsumbereich relevant sind, können nicht durch moralisierende Appelle, sondern nur durch eine doppelte Strategie durchbrochen werden: Es bedarf sowohl eines politisch geförderten Wandels auf der Angebotsseite als auch eines (von Politik und Zivilgesellschaft ebenso zu fördernden) Bewusstseins- und Mentalitätswandels auf Seiten der Konsument/innen.

Auch mit Blick auf das Beispiel der Mobilität gilt also: Es gibt etliche wirkmächtige Faktoren, die eine Wende erschweren – und doch ist sie möglich. So wurde der Innenstadtverkehr in Metropolen wie London und Stockholm durch eine strecken- und zeitabhängige City-Maut deutlich reduziert und der öffentliche Nahverkehr verbessert. Eine weltweite Initiative großer Metropolen ruft ebenso dazu auf, die finanziellen Hilfen zur Überwindung der Corona-Krise verstärkt dafür zu nutzen, die städtische Infrastruktur zukunfts- und menschenfreundlicher zu gestalten. So können die das gegenwärtige Stadtbild dominierenden Pkw-Stellflächen verstärkt in Fuß- und Fahrradwege, Schankflächen oder urbane Freiräume

verwandelt werden, wenn es gelänge, den öffentlichen Nahverkehr sicherer, leistungsfähiger und damit attraktiver zu machen.²⁴ Um eine nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume zu fördern, sollte man durch eine vorausschauende Strukturpolitik und Landesplanung einer weiteren Zersiedelung entgegenwirken. Zudem besteht im ländlichen Raum, wo attraktive Mobilitätsalternativen schwieriger zu realisieren sind, noch großes Potential zur Förderung klimafreundlicherer Antriebstechnologien und kreativer Nachbarschaftshilfe, aber auch schnellerer Internetanbindungen, um überflüssigen Verkehr zu vermeiden (Stichwort: „Datenautobahn statt Pendlerstau“).

1.3 Agrarwende

Unsere Ernährungsweisen und die damit korrespondierenden Formen der Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion sind ebenfalls ein zentrales Handlungsfeld der sozial-ökologischen Transformation. Es geht um den basalen und bis heute keinesfalls für alle Menschen zuverlässig gedeckten Bedarf an einer ausgewogenen und gesunden Ernährung und auch um den hohen Stellenwert, den Lebensmittel für ein gutes Leben einschließlich Genuss und Lebensfreude haben. Zudem haben Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion weitreichende Folgen für die Umwelt (Biodiversität, Böden, Grundwasser, Luft, Klima, Meere etc.), für das Tierwohl, die Gesundheit der Menschen und die Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelherstellung.

Dabei verdeutlichen der hohe Fleischverzehr und die mit ihm verbundenen Problemen in besonderer Weise den aktuellen Transformationsbedarf: So liegt der Pro-Kopf-Fleischverbrauch in Deutschland bei 60 kg pro Jahr, obwohl die Deutsche Gesellschaft für Ernährung nur die Hälfte davon als Obergrenze für eine gesunde Ernährung empfiehlt. Der viel zu hohe Fleischkonsum bei häufig geringer Qualität verstärkt nicht nur den Klimawandel und menschliche Gesundheitsprobleme (direkt durch einseitige Ernährung ebenso wie indirekt durch die Ausbreitung von Antibio-

otikaresistenzen), sondern auch globale Ungleichgewichte. Der hohe Flächenbedarf für die steigende Futtermittelproduktion verschärft die Konflikte um Wasser und knappe Anbauflächen. Die Phosphor- und Stickstoffkreisläufe unseres Planeten sind mittlerweile empfindlich beeinträchtigt und auch die weltweite Artenzusammensetzung hat sich massiv verändert: Die Gesamtmasse an Menschen und ihren Nutztieren ist mittlerweile mehr als zwanzigmal so hoch wie die Masse der freilebenden Säugetiere²⁵, und die Artenvielfalt in unseren Meeren ist durch Überfischung und Verschmutzung stark bedroht. Hinzu kommen die Arbeitsbedingungen in der großindustriellen Fleischverarbeitung, die – wie während der Corona-Pandemie stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt – das SDG 8 („Menschenwürdige Arbeit“) untergraben.

Die folgende Grafik (Abb.5) akzentuiert den doppelt negativen Effekt der Fleischernährung (v. a. des Verzehrs von rotem Fleisch, also Rind- und Schweinefleisch) auf die Umwelt und auf die menschliche Gesundheit.

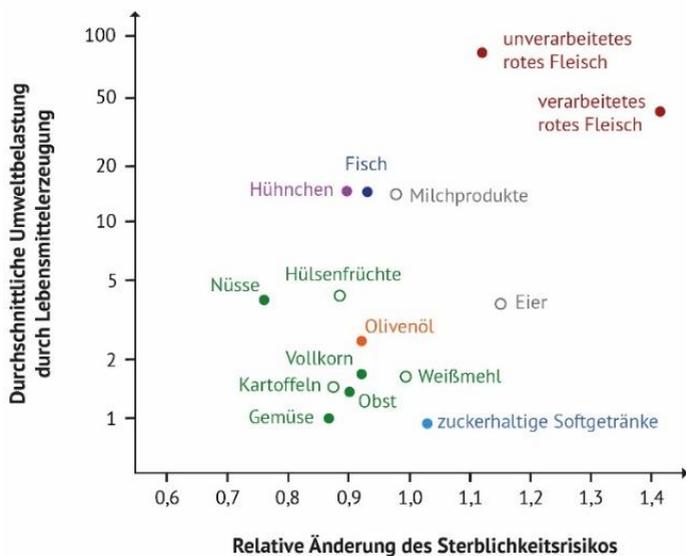


Abbildung 5: Auswirkungen verschiedener Lebensmittel auf Umwelt und Verbrauchergesundheit (Eigene Darstellung nach Clark et al. 2019)²⁶

Der Hinweis auf die sozialen und ökologischen Folgen der derzeitigen Fleischproduktion bewirkt auch in diesem Fall nicht einfach die notwendigen Veränderungen. Im Gegenteil: Zwar kaufen in bestimmten sozio-kulturellen Milieus immer mehr Menschen nur Fleisch, das gewissen (v.a. ökologischen und das Tierwohl beachtenden) Kriterien genügt, oder verzichten auch ganz auf Fleisch bzw. auch auf Milchprodukte. Allerdings hat sich in den vergangenen 50 Jahren bei einer Verdoppelung der Weltbevölkerung der globale Fleischverzehr verdreifacht – mit steigender Tendenz: Laut Schätzung der UN-Welternährungsorganisation wird die Fleischproduktion bis 2050 um bis zu 55 % weiter wachsen²⁷ – wobei in Asien (getrieben durch wachsenden Pro-Kopf-Verbrauch) und in Afrika (getrieben durch steigende Bevölkerungszahlen bei vergleichsweise stabilem Pro-Kopf-Verbrauch) der Fleischkonsum bald die inländische Produktion überholen wird.²⁸ Dagegen stellt die Bio-Fleisch-Branche trotz signifikanter Wachstumsraten immer noch eine Nische dar.

Auch hier gibt es benennbare Faktoren, die einem Wandel entgegenwirken: Für die Nachfrage spielen durch sozio-kulturelle Normen gestützte Verhaltensroutinen („Zu einem guten Essen gehört ein ordentliches Stück Fleisch“) und Geschmacksgewohnheiten eine wichtige Rolle, die sich nicht ohne Weiteres ändern lassen. Wichtig ist vor allem die grundsätzliche Bereitschaft, einen fairen Preis für gute Lebensmittel zu bezahlen. Dies bedeutet maßvolleren und qualitätsbewussteren Fleischkonsum und eine Förderung familiärer und kleinbäuerlicher Landwirtschaftsstrukturen, die unsere artenreiche Kulturlandschaft überhaupt erst hervorgebracht und das Potenzial haben, einen deutlichen Beitrag zum Klimaschutz (etwa durch den Erhalt von Grünland und den Aufbau von Humus) zu leisten.

Was die Produktionsseite angeht, so steht dem notwendigen Wandel eine über Jahrzehnte eingeübte und durch Interessenvertretung aufrechterhaltene Subventionierung landwirtschaftlicher Produktionsweisen entgegen, die umwelt- und klimaschädlich und auch global ungerecht sind. Die zu

einseitig auf Flächen und lange Zeit auch auf direkte Exportförderung ausgerichteten Beihilfen sollten abgeschafft und durch eine konsequente Entlohnung der landwirtschaftlichen Beiträge zum Erhalt der vielen Ökosystemdienstleistungen ersetzt werden.

So herausfordernd diese Wende angesichts starker Beharrungskräfte und Widerstände auch ist, so sehr ist sie möglich. Der notwendige Bewusstseinswandel mag sich teilweise noch in Nischen abspielen, doch ist er vital genug, um durch politisch forcierte Anreize und Vorgaben für Produktion und Handel weiter gestärkt werden zu können. Aktuelle Studien weisen darauf hin, dass intelligenteren Methoden zur Vermeidung von Abholzung, Überdüngung und falscher Bewässerung sowie zur Wiedervernässung von Mooren bereits in wenigen ausgewählten Ländern einen enormen Beitrag sowohl zum Klimaschutz als auch zur Ernährungssicherheit leisten könnten.²⁹ Es bleibt zu hoffen, dass die während der Corona-Krise lautgewordenen Rufe nach besserer internationaler Zusammenarbeit und stärkerer Regulierung sowie mehr Transparenz in der Lebensmittelindustrie nun auch tatsächlich umgesetzt werden – das Potenzial dafür ist vorhanden.

2 Dem Wandel positive Richtung geben

2.1 Für ein Leben, das gut für alle sein kann

Um Menschen und Gesellschaften zu tiefgreifenden Veränderungen zu bewegen, bedarf es v. a. auch einer positiven Zielperspektive, die eine motivierende und orientierende Kraft entfalten kann. Die eingangs skizzierten Beispiele veranschaulichen exemplarisch, „wovon weg“ die sozial-ökologische Transformation führen muss, um die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen zu verhindern. Sie verdeutlichen aber auch, wie wichtig es ist, attraktive Vorstellungen eines „Wohin“ der Transformation mit gangbaren Wegen aufzuzeigen, um dieses Ziel konkret zu erreichen.

Auch in *Laudato si'* sind der „Schrei von Mutter Erde“ und der „Schrei der Armen“ einerseits der Ruf „weg von“, nämlich die Aufforderung, sich von

Strukturen und Handlungsweisen abzuwenden, die der Natur und den Menschen schaden. Zugleich sind sie ein Ruf zu einem „Wohin“, nämlich zu einem Leben, das weniger auf Status, Verbrauch und Konsum ausgerichtet ist, aber trotzdem – oder auch gerade dadurch – mit einem Zuwachs an Zufriedenheit, Beziehung, Freude, Sinn und Erfüllung verbunden sein kann. Der in *Laudato si'* sozial-ökologisch reformulierte Ruf zur Umkehr ist eben beides: Ein Ruf zur dringend notwendigen Abkehr und ein Ruf hin zu einem anderen Leben, das gut für alle sein kann.

Eine solche Zielperspektive genauer zu beschreiben ist keineswegs trivial. Sie muss für alle Menschen trotz ihrer unterschiedlichen Präferenzen, Wertorientierungen und Konzeptionen eines guten Lebens zumindest prinzipiell zustimmungsfähig sein. Da dabei die Lebensgrundlagen aller jetzigen und zukünftigen Menschen auf dem Spiel stehen, sind alle Partikularinteressen, so nachvollziehbar sie auch sein mögen, im Konfliktfall dem Gemeinwohl (wie in 2.2 ausgeführt) unterzuordnen. Zugleich muss die Zielperspektive substanziell und anschaulich genug sein, um Motivation und Orientierung für konkrete Veränderung zu bieten, ohne dabei zwei Einwände zu übersehen: Man darf weder paternalistisch-bevormundend bestimmte Lebensweisen vorschreiben, noch einzelne kulturell geprägte Zielvorstellungen bevorzugen und damit kulturelle Differenzen missachten.

2.2 Gutes Leben im Rahmen planetarer Grenzen

Die Zielperspektive einer sozial-ökologischen Transformation entfaltet die Studie daher in einer Weise, die das Gerechtigkeits- und Gemeinwohlverständnis³⁰ christlicher Sozialethik aufnimmt und zugleich anschließen kann an Positionen, die auch in anderen ethischen Traditionen bzw. in ähnlicher Weise von der säkularen Nachhaltigkeitsbewegung vertreten werden. Dies bildet auch den normativen Hintergrund der SDGs:

Die sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft soll Bedingungen schaffen, unter denen alle Menschen weltweit und auch

in Zukunft ein menschenwürdiges Leben führen können, das die planetaren Grenzen³¹ wahrt, die grundlegenden Rechte aller Menschen achtet und den Eigenwert der Mitgeschöpfe des Menschen anerkennt.

Die Rede vom „menschenwürdigen Leben“ bedarf freilich der Erläuterung: Entgegen einem gängigen Sprachgebrauch geht es dabei nicht „nur“ um ein menschliches Leben, das basalen Mindestanforderungen z.B. hinsichtlich biologischer und psychosozialer Grundbedürfnisse entspricht und insofern die Menschenwürde nicht verletzt. In globaler Perspektive wäre es für viele Menschen zwar bereits ein großer Fortschritt, wenn dieses Minimalverständnis eines „menschenwürdigen Lebens“ erfüllt wäre. Gleichwohl ist das dieser Studie zugrunde gelegte Verständnis eines „menschenwürdigen Lebens“ umfassender: Es geht darum, dass alle Menschen gut leben können sollen. Es geht um ein Leben, das allen Menschen trotz aller irdisch-menschlicher Begrenzungen möglichst viel Selbstentfaltung, Teilhabe an für sie bedeutungsvollen Beziehungen und (Entscheidungs-)Prozessen sowie Lebenssinn ermöglicht.

Menschen sollen sich in vier aufeinander bezogenen Dimensionen der Beziehung in ihrer Persönlichkeit entwickeln können: in der Beziehung zu sich selbst, zu anderen Menschen, zur Umwelt und, sofern sie religiös sind, in der Beziehung zu Gott. In allen vier Beziehungsdimensionen muss es Menschen möglich sein, sich frei zu entfalten und einzubringen – dann können sie gut leben. Dabei gilt es nicht nur, den Wert jedes menschlichen Lebens hochzuhalten, sondern darüber hinaus den Eigenwert jeglichen Lebens zu entdecken: Die enorme Biodiversität auf diesem Planeten verdient „von Liebe und Staunen erfüllte Aufmerksamkeit“ (LS 97). Die Schönheit der Schöpfung erschöpft sich nicht in ihrem (finanziellen oder ästhetischen) Nutzen für den Menschen.

Auch in vielen anderen ethischen Positionen und Konzepten findet sich die normative Leitidee, dass Menschen sich auf je eigene Weise in Beziehungen und in sinnstiftenden Tätigkeiten entfalten und somit gut leben können. Beispielhaft genannt seien aristotelisch inspirierte Vorstellungen

des menschlichen Lebens als Entfaltung menschlicher Fähigkeiten sowie moderne, psychologisch fundierte Konzepte eines „flourishing life“³² oder der philosophisch-politisch bedeutsame Befähigungsansatz³³. Ein auch politische, soziale und kulturelle Teilhabe- und Verwirklichungsrechte umfassendes Verständnis von Menschenrechten oder auch Konzeptionen, die sich auf Erkenntnisse empirischer Glücks- und Zufriedenheitsforschung³⁴ berufen – sie alle kritisieren einseitige Fixierungen z.B. auf materielle Wohlstands- und Statussteigerung.

Bei allen Unterschieden im Detail teilen diese und weitere Positionen die Ansicht, dass Menschen in der Regel dann zur Einschätzung kommen, gut zu leben, wenn sie ihre Fähigkeiten und ihre Persönlichkeit in unterschiedlichen Beziehungsdimensionen entwickeln, entfalten und einbringen und auf diese Weise Sinn stiften und erleben können. Dabei ist der Mensch untrennbar mit seiner Mitwelt verbunden und damit auch auf die Gesundheit seiner Mitmenschen und Mitgeschöpfe angewiesen; ihr Zustand bestimmt die Möglichkeiten und Grenzen seines persönlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens. Gerade die Corona-Pandemie hat uns dies schmerzlich vor Augen geführt.

Eine sozial-ökologische Transformation, die zwar einerseits vielen Menschen Veränderungen und (Selbst-)Begrenzungen zumutet, andererseits jedoch glaubwürdig ein so verstandenes menschenwürdiges Leben befördert, bietet eine attraktive Zielperspektive. Dazu müssen planetare Grenzen eingehalten werden, da deren dauerhafte Überschreitung die Lebensgrundlagen der gesamten Menschheit gefährdet. Wenn jedoch deutlich wird, dass es *auch* und letztlich *nur* innerhalb dieser planetaren Grenzen möglich ist, im skizzierten Sinne gut zu leben, kann das „Wohin“ der sozial-ökologischen Transformation als erstrebenswertes Ziel wirken, das Veränderungsprozesse anstößt, stärkt und ausrichtet.

Zugleich werden mit dieser Zielperspektive die individuelle Freiheit und die Vielfalt kultureller und persönlicher Vorstellungen eines guten Lebens

ernst genommen: In welche konkrete Richtung Menschen sich selbst entfalten, wie sie Beziehungen pflegen und an Prozessen partizipieren wollen und wie sie Sinn erleben und stiften wollen, bleibt ihnen selbst überlassen. Sie sollen diese Fragen durchaus unterschiedlich, individuell und innerhalb ihrer jeweiligen sozialen und kulturellen Kontexte beantworten.

2.3 Was der Wandel für alle ermöglichen soll

Um die gewünschte orientierende und motivierende Kraft zu erreichen, muss die beschriebene Zielperspektive der Transformation möglichst konkret und anschaulich werden. Sie muss gleichzeitig aber so offen bleiben, dass sie in jeweils unterschiedlichen sozialen und kulturellen Kontexten inhaltlich gefüllt werden kann. Daher wird es die Konkretionen nur in einer gewissen Vielfalt und Verschiedenheit geben: Was bedeutet es, im jeweiligen sozialen und kulturellen Kontext gut leben zu können? Sich in möglichst partizipative Verständigungsprozesse zu dieser Frage einbringen und damit die Zielperspektive mitgestalten zu können³⁵, ist einer der Faktoren, die Transformation befördern. Zudem ist es ein Gebot der Verfahrensgerechtigkeit, Transformationsziele nicht vorgegeben zu bekommen, sondern sich bereits an der Zieldefinition beteiligen zu können.

Im Rahmen dieser Studie lassen sich daher lediglich einige Eckpunkte der Zielperspektive benennen, die engen Bezug zu den 17 Zielen nachhaltiger Entwicklung (SDGs) haben und jeweils offen sind für Konkretisierungen in den jeweiligen Kontexten:

- Alle Menschen müssen die Möglichkeit haben, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen und ein möglichst gesundes Leben zu führen, dessen Entfaltung nicht durch vermeidbares körperliches oder seelisches Leid verhindert wird. Um gut leben zu können, brauchen Menschen u.a. angemessene Nahrung, sauberes Wasser, saubere Luft, angemessene Unterkunft, psychisch-physische Unversehrtheit, ausreichende Gesundheitsversorgung, Mobilität und Zugang zu Bildung. Deshalb sind z.B. die entsprechenden Angebote im Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen so zu gestalten, dass sie für alle Menschen zugänglich

sind und man muss verhindern, dass Menschen ohne ausreichende Kaufkraft ausgeschlossen bleiben bzw. werden. Gleichzeitig müssen diese fundamentalen Bedürfnisse so gesichert werden, dass keine vermeidbaren sozial-ökologischen Folgeprobleme entstehen.

- Alle Menschen, unabhängig von Geschlecht und Herkunft, brauchen echte Handlungs- und Beteiligungschancen, um die genannten Grundbedürfnisse möglichst aus eigener Kraft und entsprechend ihrer jeweiligen Präferenzen befriedigen zu können. Sie müssen ihre Fähigkeiten, Interessen und Neigungen in Beziehungen entfalten und auf diese Weise aktiv am gesellschaftlichen, kulturellen und ökonomischen Leben teilnehmen können. Dies ist auch eine der Voraussetzungen dafür, dass sie Wertschätzung durch andere und Selbstachtung erfahren sowie Sinn stiften und erleben können. Um gut leben zu können, brauchen Menschen also menschenwürdige, fair gestaltete und sozial abgesicherte Arbeit, Zugang zu guter Bildung und gezielter Befähigung, die Möglichkeit, ohne Diskriminierung an wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Prozessen teilzuhaben sowie die Möglichkeit, vielfältige Beziehungen und Netzwerke zu pflegen.
- Allen Menschen muss es im Sinne politischer Freiheit möglich sein, sich gleichberechtigt an der Gestaltung von Strukturen und Rahmenbedingungen, denen sie unterworfen sind, zu beteiligen. Dies erfordert v. a. eine lebendige Kultur demokratischer Meinungsbildung, die insbesondere auch Stimmen aktiv einbezieht, die davon bedroht sind, nicht gehört zu werden, sowie eine gute Regierungsführung auf allen Ebenen. Beteiligungsgerechtigkeit in diesem Sinne ist nicht nur ein Ziel der Transformation, sondern auch eine Anforderung an diese selbst. Nicht nur das Ergebnis muss gerecht sein, sondern – wie schon erwähnt – auch der dorthin führende Prozess.
- Allen Menschen muss es möglich sein, freilich auch zugemutet werden, ihre Freiheit auf eine Weise zu leben, die die Freiheit und den Anspruch auf ein menschenwürdiges Leben anderer nicht verletzt. Sie müssen daher darin unterstützt werden, einen „ressourcenleichten“, für die anderen und für die Umwelt möglichst wenig schädlichen und

nachhaltigen Konsum- und Lebensstil zu entwickeln. Dieser nachhaltige Lebensstil ist zwar für viele mit einem gewissen quantitativen „Weniger“ verbunden, kann jedoch ihre Lebensqualität bewahren, vielleicht sogar steigern. In diesem Sinne setzt Papst Franziskus auf den Vorrang der Qualität vor der bloßen Quantität und entfaltet in *Laudato si'* ein neues Leitbild für Wohlstand und Fortschritt. Dieses ist anschlussfähig an antike Konzeptionen eines guten Lebens, an alte und in vielen Kulturen bekannte Einsichten in die Bedeutung des rechten Maßes für die Zufriedenheit, aber auch an moderne Erkenntnisse empirischer Glücksforschung: Die für die sozial-ökologische Transformation notwendige

„Genügsamkeit ist befreiend. Sie bedeutet nicht weniger Leben, sie bedeutet nicht geringere Intensität, sondern ganz das Gegenteil. In Wirklichkeit kosten diejenigen jeden einzelnen Moment mehr aus und erleben ihn besser, die aufhören, auf der ständigen Suche nach dem, was sie nicht haben, hier und da und dort etwas aufzupicken (...). Man kann wenig benötigen und erfüllt leben, wenn man fähig ist, (...) in den geschwisterlichen Begegnungen, im Dienen, in der Entfaltung der eigenen Charismen, in Musik und Kunst, im Kontakt mit der Natur und im Gebet Erfüllung zu finden. Das Glück erfordert, dass wir verstehen, einige Bedürfnisse, die uns betäuben, einzuschränken, und so ansprechbar bleiben für die vielen Möglichkeiten, die das Leben bietet.“ (LS 223)

Freilich führt der bloße Appell, Konsummuster und Lebensstile in diesem Sinne neu auszurichten, kaum zu einem handlungsleitenden Bewusstseinswandel. Dieser wird nicht zuletzt durch Vorbilder befördert, die auf glaubhafte Weise zufriedener und erfüllter leben, dadurch Orientierung bieten und andere Menschen anregen und ermutigen. Notwendig ist aber auch eine Bildung, die eigene, positive Erfahrungen mit einem „anderen Leben“ und deren Reflexion ermöglicht sowie Anregungen bietet, eigene

Lebensmöglichkeiten jenseits von materieller Wohlstands- und Statussteigerung zu erkunden. Erforderlich ist ebenso eine Politik, die Räume und Chancen für alle eröffnet, diese Lebensmöglichkeiten zu realisieren. Schließlich braucht es eine politisch gerahmte Wirtschaftsweise, die das geforderte „genügsame“ (gleichwohl gute und erfüllte!) Leben „einfacher macht“³⁶. Dazu müssen Kosten internalisiert werden, um verursachergerechte Preise und damit auch Anreize zu schaffen, Funktionen zu nutzen, statt selbst immer mehr Güter besitzen zu müssen.

3 Hindernisse der Transformation

Wer die Transformation will, muss auch wissen, was sie erschwert und blockiert – auch deshalb, weil manche der zunächst hinderlichen Faktoren zugleich Ansatzpunkte für transformatives Handeln enthalten. Um der Fülle der Einzelfaktoren und ihrer vielen Wechselwirkungen gerecht zu werden, ist spezialisiertes Wissen aus unterschiedlichen, z.B. technologischen, ökonomischen, sozialwissenschaftlichen und weiteren Perspektiven heranzuziehen. Nur in einer inter- und transdisziplinären Zusammenschau kann man den verschiedenen, mit der Komplexität verbundenen Gefahren entgegenwirken: zum einen einer weit verbreiteten „fragmentierenden Spezialisierung“, zum anderen einem Gefühl der hoffnungslosen Überforderung oder der Illusion, der eigene (und damit konkret leistbare) Beitrag sei vernachlässigbar gering und damit verzichtbar. Schließlich kann diese für den einzelnen Menschen tatsächlich „unfassbare“ Komplexität dazu verleiten, die Probleme zu leugnen.

3.1 Schwache Institutionen und Ordnungspolitik

Der enorme wirtschaftliche Aufschwung, den viele Staaten insbesondere in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erlebten, beruht nicht nur auf technischen, sondern ebenso auf sozialen und politischen Durchbrüchen³⁷. Gerade in den westlichen Demokratien wurde die außenwirtschaftliche Öffnung von sozialstaatlichen Maßnahmen begleitet, welche

den durch den schärferen internationalen Wettbewerb bedingten Anpassungsdruck abmildern konnten. So konnten eine Arbeitslosenversicherung oder öffentlich finanzierte Bildungs- und Umschulungsprogramme Verteilungskonflikte zumindest innerhalb des eigenen Landes entschärfen. Gleichzeitig wurden durch zwischenstaatliche und multilaterale Vereinbarungen Regeln etabliert, die abgestimmtes politisches Handeln und mehr Verlässlichkeit befördert haben. Der Politik kam und kommt dabei die Aufgabe zu, einen von der Zustimmung der Bevölkerung mitgetragenen und zukunftsfähigen Ordnungsrahmen für Märkte und die entsprechenden institutionellen Organisationen zu schaffen, um diese zu bewahren und konsequent weiterzuentwickeln.

Der Institutionenbegriff wird unterschiedlich verwendet. Die Studie geht von einem weiteren Verständnis³⁸ aus, demzufolge das Institutionengefüge einer Gesellschaft nicht nur die Gesamtheit gesetzlich verankerter Rahmenbedingungen umfasst, über deren Einhaltung der Staat bzw. von Staaten legitimierte Organisationen wachen. Zu Institutionen gehören auch Werte, Normen und sozio-kulturelle Traditionen, in denen sich persönliche Einstellungen, Gewohnheiten und Verhaltensweisen manifestieren. Institutionen in all ihren Dimensionen sind darauf ausgelegt, Erwartungsstabilität und damit Planungssicherheit zu schaffen und gemeinsames Handeln zu fördern.

In den vergangenen beiden Jahrzehnten wurde deutlich, dass unsere alt hergebrachten Institutionen und Organisationen auf nationaler und noch deutlicher auf internationaler Ebene immer weniger in der Lage sind, einen angemessenen Ordnungsrahmen für die zunehmenden globalen Verflechtungen und Abhängigkeiten zu gewährleisten. Anhaltende Armut und wachsende soziale Ungleichheiten, die Instabilität des globalen Finanzsystems, die Überschreitung vieler planetarer Grenzen, allen voran die Probleme des Klimawandels sind Beispiele für ein gefährliches Marktversagen, das nur durch mehr und bessere internationale Kooperation gelöst werden kann. Faktisch wird dieses Marktversagen in vielen Bereichen

aber durch Politikversagen noch weiter verschärft, da viele Nationalstaaten nicht willens oder fähig sind, geeignete Rahmenbedingungen zu gewährleisten bzw. internationale Vereinbarungen zu erfüllen, weil sie sich kurzfristige Vorteile erhoffen.

Nationaler Klimaschutz kann nur dann einen globalen Beitrag leisten, wenn die lokal eingesparten Emissionen nicht durch Verlagerung der Produktion auf andere Staaten verschoben werden. Zudem zeigen die Investitionen in Klimaschutz erst mit zeitlicher Verzögerung Wirkung, während die kurzfristig anfallenden Kosten oft überproportional wahrgenommen werden. Insofern gibt es für eigennützige Akteure die permanente Versuchung, die Investitionen zum Schutz der Erdatmosphäre (etwa durch Umstieg auf erneuerbare Energien) anderen zu überlassen, selbst aber weiter die Vorteile der klimaschädigenden Energieerzeugung für sich zu beanspruchen, solange die ökologischen Kosten sich nicht in entsprechenden Preisen niederschlagen. Diese Gefahr des Trittbrettfahrens wird in den unterschiedlichen Reaktionen auf die Corona-Krise deutlich. Länder wie China, die in ihrer Energieversorgung besonders auf Kohle setzen, haben im Zuge der Pandemie ihre Investitionen in diese besonders klimaschädigende Energieerzeugung erheblich ausgebaut³⁹. Auch die G20-Staaten laufen aktuell Gefahr, mit ihren Konjunkturpaketen den Klimaschutz trotz positiver Einzelmaßnahmen insgesamt deutlich stärker zu bremsen als zu fördern.⁴⁰

Die Corona-Pandemie hat in den vergangenen Monaten überdeutlich gezeigt, wie wichtig internationale Zusammenarbeit und Solidarität für den Schutz der Gesundheit und anderer Gemeingüter sind, wie groß aber gleichzeitig auch die Versuchung nationaler Alleingänge ist. „Immer mehr Staaten verabschieden sich von dem Prinzip, internationale Beziehungen friedlich, kooperativ und in wechselseitigem Respekt mit den Mitteln des Rechts zu gestalten. Stattdessen setzen sie auf Machtpolitik und versuchen, die eigenen Interessen rücksichtslos durchzusetzen“⁴¹ – wie die beiden großen Kirchen in Deutschland in einer Stellungnahme zutreffend beklagten. In der gemeinsamen Stellungnahme warnen sie zudem, „dass

im Kontext multilateraler und supranationaler Institutionen nur noch die Regierungen handeln, während die Parlamente lediglich fertige Beschlüsse ratifizieren. Populisten haben unter solchen Bedingungen ein leichtes Spiel, gegen den Multilateralismus und internationale Verträge zu polemisieren und zu behaupten, diesen fehle die demokratische Legitimation und sie widersprächen dem vermeintlichen Volkswillen.“

Isoliertes Ressortdenken, mangelnde Zukunftsorientierung und schwache multilaterale Organisationen machen es auch schwieriger, eingefahrene Handlungsrountinen zu brechen. Die Macht des Gewohnten zeigt sich in den geschilderten Themenfeldern (vgl. Kap. 1) u. a. in der Fokussierung auf fossile Energieträger, beim motorisierten Individualverkehr oder einem primär auf „Menge“ ausgerichtetem System der Lebensmittelproduktion mit entsprechenden agrarpolitischen Subventionsstrategien wie z.B. Flächenprämien. Was lange Zeit sinnvoll erschien oder damals vielleicht auch war, entfaltet selbsterhaltende und selbstverstärkende Effekte, die tiefgreifende Veränderungen erschweren oder gar verhindern. Es werden Pfade für individuelles wie kollektives Handeln festgelegt, die nicht ohne Weiteres verlassen werden können („Pfadabhängigkeit“). Wichtige technologische wie soziale Innovationen unterbleiben, weil die Macht des Gewohnten die Offenheit und Bereitschaft lähmt, nach neuen Lösungen zu suchen oder diese als so riskant oder kostspielig erscheinen lässt, dass man lieber auf den altbekannten Wegen verbleibt.

Verfestigt wird die Pfadabhängigkeit dann, wenn die Profiteure dieser eingefahrenen Handlungsmuster mögliche Alternativen von vornherein als zu teuer, nicht machbar oder als vermeintliche Einschränkung der individuellen Freiheit deklassieren.⁴² In diesem Fall kann sich das Zusammenspiel von persönlichen Verhaltensroutinen, überlieferten Formen gesellschaftlicher Anerkennung und auf den Erhalt des Status quo ausgerichteten politischen Rahmenbedingungen als große Hürde für den Wandel erweisen. Wer dies überwinden will, ist auf die Unterstützung zukunftsorientierter Institutionen angewiesen, die den Wandel und geeignete technologische und soziale Innovationen befördern.

3.2 Verteilungskonflikte und ungleiche Machtverhältnisse

Wer bestehende Verhältnisse transformieren will, muss stets auch mit Gegenkräften rechnen: Diejenigen, die ein Interesse am Status-quo-Erhalt haben, leisten oft aktiven oder passiven Widerstand – auch wenn sie häufig gar nicht richtig einschätzen können, ob die Reformen für sie mit Nachteilen verbunden sind oder nicht. Hinzu kommt die typisch menschliche Verlustaversion, also der Hang, einen vermeintlich oder tatsächlich drohenden Verlust stärker zu empfinden und höher zu bewerten als einen möglichen Vorteil, der diesen Verlust bei rein objektiver Betrachtung mehr als ausgleichen würde.⁴³

Im Kern geht es dabei aber oft um handfeste Verteilungskonflikte, die unterschiedliche Dimensionen betreffen. Reformen verändern die (Ungleich-)verteilung zum einen in vertikaler Hinsicht (vereinfacht zwischen „oben und unten“ „Arm und Reich“ oder „Nord und Süd“). Aber auch horizontal betrachtet gibt es in den einzelnen Gruppen Gewinner und Verlierer, wenn sich Strukturveränderung unterschiedlich auf verschiedene Wirtschaftsbranchen oder städtische und ländliche Regionen auswirken. Einen im Kontext der sozial-ökologischen Transformation besonders wichtigen horizontalen Verteilungskonflikt stellen die sogenannten „stranded assets“ dar, wenn durch die Veränderungen Vermögenswerte (z.B. fossile Rohstoffe, Produktionsanlagen oder Patente) deutlich an Wert verlieren oder künftig gar nicht mehr genutzt werden können.

Wie schon erwähnt, dürfen weltweit nur noch etwa 1.000 Gigatonnen CO₂-Äquivalent emittiert werden, um das 2°C-Ziel zu erreichen (vgl. Abb. 3). Damit ist die globale Verteilung dieses Budgets einer der zentralen vertikalen Verteilungskonflikte, zumal vor dem Hintergrund der massiven aktuellen Ungleichverteilung. Im globalen Vergleich gehören z.B. die Europäer/innen aktuell fast allesamt zu dem kleinen Prozentsatz von Profiteuren des ungerechten Status quo, auch wenn innerhalb Europas die Ungleichverteilung ebenfalls beachtlich ist: So erreichen derzeit nur 5 % der europäischen Haushalte das für das 1,5°C-Ziel (im Jahr 2030) notwendige weltweite Emissionsziel von 2,5 Tonnen CO₂-Äquivalent pro Kopf (und

nur wenige mehr das 3,3-Tonnen-Ziel für eine Begrenzung auf 2°C). Durchschnittliche europäische Haushalte emittieren derzeit zwischen 7 und 15 Tonnen pro Kopf und die 10%-mit den höchsten Emissionen sind für mehr als die Hälfte der Gesamtemissionen europäischer Haushalte verantwortlich⁴⁴. Dies erinnert daran, dass erfolgreiche Klima- und Sozialpolitik eng miteinander zusammenhängen und eine bloße „soziale Abfederung von Klimaschutzmaßnahmen“ in vielen Fällen zu kurz greift.

Zu kurz greifen auch Analysen, die das Bevölkerungswachstum als primäre Ursache für die weltweite Armut und Bedrohung der Lebensgrundlagen sehen, zumal angesichts der dramatisch ungleichen Verteilung der weltweiten Pro-Kopf-Emissionen zwischen wohlhabenden und armen Menschen. Nichtsdestotrotz werden die SDGs schwerlich ohne eine verantwortbare Bevölkerungspolitik erreichbar sein. Denn je schneller die Bevölkerung in den ärmeren Regionen wächst, desto größer wird dort die Herausforderung, entsprechende wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen, ohne dass dies mit weiteren lokalen wie globalen Belastungen der Umwelt einhergeht. Deshalb müssen die Entwicklungs- und Schwellenländer dabei unterstützt werden, eine verantwortliche Bevölkerungspolitik zu verfolgen, die ohne Zwangsmaßnahmen und Eingriffe in die reproduktive Selbstbestimmung von Familien eine Familienplanung ermöglicht, welche ganzheitlich an den Erfordernissen und Bedürfnissen der heutigen und zukünftigen Generationen ausgerichtet ist.

Auch auf horizontaler Ebene gibt es erhebliches Konfliktpotenzial. So kann der politisch forcierte Kohleausstieg ganze Regionen sozial und ökonomisch erheblich belasten. Ebenso können die Kosten und Gewinne aus der Einpreisung von Umweltschäden mehr oder weniger fair verteilt werden oder der Umbau der Automobilindustrie zu einem Verlust von Arbeitsplätzen führen, der kaum für alle Betroffenen vollständig kompensiert werden kann. Die Akzeptanz für notwendige Reformen leidet auch dann, wenn es zu wenig erkennbares politisches Bemühen gibt, die unterschiedlichen Interessen frühzeitig und angemessen wahrzunehmen,

Chancen und Verluste in fairen Abwägungs- und Verteilungsprozessen gerecht zu verteilen und soziale Folgen abzufedern.

Dies kann auch dazu führen, dass Menschen aufgrund von Verlustängsten den mit dem Wandel einhergehenden Gewinn nicht angemessen einschätzen können und gleichzeitig ausblenden, wie groß die Gefahren (z.B. Extremwetterereignisse oder soziale Verwerfungen) des Nichthandelns sind. Exemplarisch sei auf das große Potenzial verwiesen, das Unternehmen im Anlagen- und Maschinenbau durch konsequenten Klimaschutz realisieren könnten, jedoch längst noch nicht ausschöpfen⁴⁵ - ganz zu schweigen von den monetär nicht annähernd ausdrückbaren Seiten eines „gutes Lebens“ wie dem Genuss sauberer Luft, unzerstörter Natur und Artenvielfalt oder auch eines öffentlichen Raums mit weniger Lärm, mehr Verkehrssicherheit und mehr Platz für bürgerliche Entfaltung. Zudem kann ein „Weniger“ an Arbeitszeit zu einem „Mehr“ an eigenverantwortlich gestaltbarer Lebenszeit führen, was Freiräume für Familien- und Pflegearbeit, ehrenamtliches Engagement und künstlerische Entfaltung eröffnet. Gerade hier zeigt sich, wie wichtig es ist, die damit verbundenen Chancen und Lasten fair zwischen den Sozialpartnern, staatlichen Stellen und weiteren Betroffenen zu verhandeln und zu verteilen.

Freilich gibt es auch Akteure, die vom Status quo in besonderer Weise profitieren und ihr Eigeninteresse ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl und auf die Notwendigkeit der Transformation verteidigen. Eine wichtige Rolle spielen hierbei die „stranded assets“, die unter dem Gesichtspunkt der Sozialpflichtigkeit des Eigentums betrachtet werden müssen: Wer beispielsweise seinen Wohlstand dem Besitz fossiler Ressourcen oder der Nutzung nicht mehr zeitgemäßer Technologien verdankt, kann Einschränkungen in seinem bisherigen Geschäftsmodell nicht einfach als „kalte Enteignung“ ablehnen, sondern steht in besonderer Verantwortung, sich konstruktiv an gemeinwohlförderlichen Reformen zu beteiligen. Wer die Transformation gestalten will, muss auch die damit verbundenen Machtfragen und Verantwortlichkeiten adressieren, um Barrieren und Gegenkräfte erfolgreich identifizieren und überwinden zu können.⁴⁶

Nicht selten befürworteten Personen und Institutionen zwar grundsätzlich einen Wandel, sind aber durch ökonomische Beziehungen, Abhängigkeiten oder nicht immer leicht durchschaubare Verflechtungen mit dem Status quo und dessen Hauptprofiteuren verbunden. Daher stärken sie durch ihr Handeln (bewusst oder unbewusst) deren Position. Auf diese Weise kann die bereits erwähnte „Komplizenschaft“ (vgl. Kap. 1) entstehen. Daher sollten alle, die die bestehenden Machtverhältnisse und Blockaden kritisieren, immer auch selbstkritisch den jeweils eigenen Beitrag zur Stabilisierung dieser Macht reflektieren.

3.3 Mangelnde politische Gestaltung und Kommunikation

Die Anforderungen an Politikerinnen und Politiker waren schon immer komplex: Sie vertreten gleichzeitig die Interessen ihrer Wähler/innen, sind dem Gemeinwohl verpflichtet, müssen ihre Entscheidungen begründen und angemessen kommunizieren. Sie bewegen sich dabei innerhalb eines institutionellen Rahmens, der ihnen ihre Arbeit ermöglicht, sie aber auch bisweilen erschwert. Zu alledem sollen sie dafür Sorge tragen, diesen Ordnungsrahmen zeitgemäß weiterzuentwickeln. Globale Herausforderungen wie der Klimawandel machen diese Aufgaben noch komplexer und lassen menschliche Schwächen wie auch Unzulänglichkeiten des politischen Systems noch klarer hervortreten. Auch angesichts der begrenzten Reaktionszeit fragen viele, ob die Demokratie nicht zu langsam und träge ist, um die notwendigen Reformen in der gebotenen Eile und mit langfristiger Perspektive auf den Weg zu bringen.

In der Literatur werden traditionell die folgenden Hauptprobleme diskutiert, die allesamt zum Problem der „politischen Kurzatmigkeit“ beitragen: (1.) die Schwierigkeit, die mutmaßlichen Interessen der künftig (potenziell) Betroffenen zu definieren und angemessen in den aktuellen politischen Meinungsbildungsprozess einzubringen, (2.) Auswahl- und Qualifikationsprobleme des politischen Personals, welches nicht willig oder fähig ist, das Gemeinwohl zu befördern, (3.) ungünstige Anreizsysteme für das politische Personal sowie (4.) fehlender Gestaltungsspielraum durch

die Fragmentierung von Entscheidungsgewalt.⁴⁷ Daneben werden die Schwierigkeiten beklagt, (5.) alle Interessengruppen und Informationen rechtzeitig und geordnet in den politischen Entscheidungsprozess einzu- binden und (6.) die notwendige Transparenz und Rechenschaftspflicht während des Diskussions- und Umsetzungsprozesses zu garantieren.⁴⁸

In Krisenzeiten, in denen mehr Menschen Verluste befürchten – meist in Form von Einschränkungen des gewohnten Lebensstandards oder in Bezug auf Sicherheit und Planbarkeit der persönlichen Lebensgestaltung – gesellt sich eine weitere Herausforderung dazu: populistische Vereinfachung und Verleugnung. Der politische Populismus profitiert von diesen Verlustängsten und verstärkt sie deshalb gezielt, meist indem er die Verantwortung für komplexe Probleme und damit auch die Eigenverantwortung des/der Einzelnen an globale Feindbilder abschiebt und verlockend einfache, gern nationalistisch geprägte Antworten anbietet. Insbesondere Populismen beziehen ihre strategische Stärke aus der Fokussierung auf einige wenige Themen wie chauvinistische Identitätspolitik, exklusive Solidaritäten oder die Abgrenzung gegen das so genannte „Establishment“ in Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft oder Kirche.

Da es zum Selbstverständnis nachhaltiger Politik gehört, *alle* Betroffenen einzubinden und deren Zweifeln und Bedenken angemessen Raum in der öffentlichen Debatte zu geben, stellt der Populismus die demokratische Debattenkultur vor große Herausforderungen. Hier ist es hilfreich, die widersprüchlichen Haltungen, z.B. des Rechtspopulismus in Bezug auf den Klimawandel, offenzulegen: „Leugner/innen“ bestreiten das Faktum anthropogener Klimaeffekte, „Zweifler/innen“ stellen meist die Tragfähigkeit bzw. Zuverlässigkeit wissenschaftlich-empirischer Evidenz in Frage. „Zweifler/innen“ räumen also zwar den Klimawandel ein, äußern sich aber skeptisch gegenüber klimapolitischen Zielen und Instrumenten. Gemeinsam ist ihnen allen die Ablehnung multilateraler Vereinbarungen, auch wenn einzelne rechtspopulistische Bewegungen mittlerweile nationale Klimaschutz-Politiken fordern, entweder zur Sicherung der nationalen

„Energie- und Ressourcen-Autarkie“, zum Erhalt der einheimischen Natur oder aus Furcht vor sogenannten „Klima-Flüchtlingen“.

Wenn es dem Populismus gelingt, die sozial-ökologischen Reformen als fremdgesteuerte Interessenpolitik, Überforderung des Einzelnen und Gefährdung kultureller Identität erscheinen zu lassen und die Transformation per se als ungerecht, gefährlich und eigentlich überflüssig darzustellen, wird es deutlich schwieriger, die Klimaziele zu erreichen. Eine erfolgreiche Transformationspolitik ist deshalb auch eine offen kommunizierende Zumutungspolitik, die sich darum bemüht, die mit ihr verbundenen Chancen und Lasten möglichst klar darzustellen und fair zu verteilen (vgl. Kapitel 4.2 und 4.3).

3.4 Vernachlässigung der kulturellen Dimension

In Debatten um einen politischen bzw. sozialstrukturellen Umbau der Gesellschaft wird die kulturelle Dimension häufig vernachlässigt und daher leicht von populistischen Bewegungen vereinnahmt. Diese erwecken oft den Eindruck, religiöse oder kulturelle Traditionen zu bewahren. Faktisch verraten sie dabei häufig aber die Werte, die diesen Traditionen zugrunde liegen. Die Kultur bezieht sich auf zwischenmenschliche Dynamiken, die sich an einem bestimmten Ort über eine längere Zeit hinweg manifestiert haben und als relativ stabiles Gefüge Menschen Halt und Orientierung geben. Wer die sozial-ökologische Transformation voranbringen will, muss also diese kulturell geprägten Dynamiken in den Blick nehmen und versuchen, sie dort, wo sie der Transformation förderlich sind, zu nutzen und dort, wo sie ihr entgegenwirken, zu verändern oder zumindest zu berücksichtigen. Wer z.B. Windräder errichten will, sollte nicht nur die wirtschaftlichen und politischen Rechte der betroffenen Bevölkerung berücksichtigen, sondern auch verstehen, welche Bedeutung das dadurch veränderte Landschaftsbild für diese besitzt⁴⁹ – und wer den Fleischverzehr reduzieren will, muss den kulturellen Wert über Generationen gewachsener Essenstraditionen kennen.

Dieses kulturelle Bedeutungsgewebe, in dem sich die Menschen über Generationen fest eingerichtet haben und existenziell-sinnstiftende Bezüge finden, verändert sich langsam, ist somit träge, aber auch tragfähig. Wer dies im Blick hat, kann Traditionen beispielsweise insofern neu verstehen, dass sich der Wert liebgewonnener Fest- und Feiertage nicht so sehr im Waren- oder Fleischkonsum bemisst, sondern dass diese weit größere sinn- und gemeinschaftsstiftende Bedeutung haben. Auch viele religiöse Symbole der unterschiedlichsten Kulturkreise haben oft landwirtschaftliche Bezüge und laden dazu ein, den reichen Erfahrungsschatz vorangegangener Generationen und deren Zugang zu Fragen der Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit neu zu entdecken und dabei voneinander zu lernen.

Unterbleibt dies, kann die kulturelle „Trägheit“ den erwünschten sozialen Wandel mehr bremsen als stabilisieren: Der Wandel gefährdet dann das Orientierungssystem der Kultur, die Menschen fühlen sich verunsichert und in eine entsprechende Blockadehaltung gedrängt. Wer die Transformation verhindern will, kann diese Abwehrreaktion politisch bewirtschaften, indem Rechtspopulist/innen etwa den Kohleausstieg nicht nur als Gefährdung des Wohlstands, sondern auch als Zerstörung der kulturellen Identität von Bergleuten und Bergbauregionen bekämpfen. Da Kultur, und v.a. auch die Religion, die Tiefendimension unseres Erlebens darstellt, sind sie besonders anfällig, emotional instrumentalisiert zu werden.⁵⁰

Die Vernachlässigung der kulturellen Dimension kann insbesondere dann die Transformation erschweren, wenn der Wandel kulturübergreifend und global angelegt ist. In diesem Fall kann es zu Missverständnissen und Konflikten zwischen den beteiligten kulturellen Perspektiven kommen, insbesondere dann, wenn eine einzelne kulturelle Perspektive die anderen dominiert. Letzteres ist erstens ungerecht, da es verhindert, die unterschiedlichen Perspektiven fair an der Gestaltung des Transformationsprozesses zu beteiligen. Zweitens können dann wichtige Potenziale der Transformation nur mangelhaft genutzt werden. Dies zeigt sich z.B. dann, wenn Quellen und Formen von Wissen, die nicht dem akademischen Wissenschaftsverständnis entsprechen (praktisches Anwendungswissen

ebenso wie indigenes Wissen oder von Menschen mit Migrationshintergrund) zu wenig wahr- und ernstgenommen werden. Viele wertvolle Einsichten (etwa hinsichtlich der Verbundenheit aller Lebewesen oder über andere Vorstellungen eines guten Lebens) bleiben durch die Dominanz eines einzelnen, wichtigen, aber nicht umfassenden Verständnisses von Wissen und Wissenschaft ausgeblendet und ungenutzt.

4 Wie Transformation gelingen kann

Wer in Politik, Wirtschaft oder Gesellschaft Verantwortung trägt und sich der geschilderten Hindernisse bewusst ist, geht mit den genannten Herausforderungen transparent und planvoll um und gibt sich keinen schlichten Plan- oder Machbarkeitsillusionen hin: Er oder sie ist sich bewusst, dass in komplexen Verhältnissen niemand alles weiß, und rechnet stets damit, dass Unberechenbares geschehen kann. Er oder sie versteht, dass es geeignete formelle und informelle Institutionen, national wie international, braucht, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden und dass unterschiedliche Interessensgruppen die Komplexität zu ihrem eigenen Vorteil missdeuten und ausnutzen können. Transformationspolitik muss deshalb auch die Machtungleichgewichte adressieren, die notwendige Veränderungen verhindern, um den Status quo zu erhalten.

Zudem gilt es, so gut wie möglich das Potenzial anderer gesellschaftlicher Transformationsprozesse zu nutzen, die mit dem sozial-ökologischen Wandel nicht ursächlich verbunden sind. Dies gilt beispielsweise für die Digitalisierung, die u. a. in der industriellen Fertigung, bei der Lenkung und Vermeidung von Verkehr, im Energiemanagement oder der städtischen Infrastruktur deutlich zur Senkung des Ressourcenverbrauchs beitragen kann.⁵¹ Digitalisierung sollte dabei jedoch nicht bloß althergebrachte Praktiken beschleunigen und festschreiben, da dann die Gefahr besteht, viele der bereits beschriebenen Ungleichheiten und Probleme zu verstärken. Vielmehr geht es darum, das „Silo-Denken“ durch ein zeitgemäßes Netzwerk-Denken zu ersetzen, das neue Handlungsmöglichkeiten

eröffnet, gleichzeitig aber auch die unterschiedlichen Verantwortungsebenen klar aufzeigt und kooperativ verknüpft. Im Wissen um diese Verknüpfungen muss eine Transformationsstrategie also auch partizipativ und lernend-reflexiv gestaltet sein.

In Anlehnung an das bekannte Bild der „schöpferischen Zerstörung“, das der Ökonom und Soziologe Joseph Schumpeter⁵² in seiner Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung verwendete, braucht es dafür innovatives „Unternehmertum“ im weitesten Sinne: Innovator/innen, die bereit sind, mögliche Alternativen zu gewohnten und scheinbar unveränderlichen Routinen, Technologien oder Strukturen frühzeitig zu entdecken und zu realisieren. Gefragt sind politisch Verantwortliche, die mutig nachhaltigkeitsförderliche Strukturreformen auf den Weg bringen, klassische Unternehmer/innen, aber auch Akteur/innen des Wandels in anderen gesellschaftlichen Bereichen, von der Wissenschaft über die Zivilgesellschaft bis hin zur Kirche. Wo auch immer sie Routinen infrage stellen, Muster brechen und nicht mehr zeitgemäße Pfade verlassen, und stattdessen soziale und technologische Innovationen im Dienst des Gemeinwohls – auch gegen Widerstände – vorantreiben, leisten sie als Pionier/innen einen „schöpferischen“ Beitrag zum sozial-ökologischen Wandel.

4.1 Durch Ordnungspolitik den Wandel befördern

Ein stabiles Institutionengefüge mit funktionierenden Organisationen ist, wie schon erwähnt, auf nationaler wie internationaler Ebene von entscheidender Bedeutung. Es setzt die notwendigen politischen Rahmenbedingungen, um Gemeingüter (wie soziale Sicherheit oder auch unsere Erdatmosphäre) zu schützen und zu mehren. Gerade in den vergangenen Monaten hat die Corona-Pandemie einmal mehr gezeigt, wie wichtig es ist, staatliche Einrichtungen, die soziale Sicherheit, Gesundheitsschutz oder auch Grundlagenforschung gewährleisten, durch entsprechende Ausstattung rechtzeitig „krisenfest“ zu machen – und wieviel Potential durch die Schwächung multilateraler Institutionen und durch eine Renationalisierung der Politik verschwendet wird.

Für die sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft bedeutet das: Zum einen müssen die vielen Möglichkeiten, *bestehende* Institutionen und Strukturen unserer Gesellschaft vorausschauend für eine Politik der Nachhaltigkeit zu nutzen, noch konsequenter umgesetzt werden⁵³; zum anderen wäre es eine gefährliche Illusion zu glauben, dass notwendige *neue* Institutionen am besten dann geschaffen werden, wenn der Handlungsdruck groß genug ist. Zukunftsfähige Technologien (wie regenerative Energien oder die CO₂-Abscheidung und Speicherung) und Mechanismen (etwa für die Bepreisung von klimaschädlichen Emissionen und für die sozial angemessene Verwendung der damit erzielten Einnahmen) bedürfen meist längerer Anlaufzeit und guter Koordination, bis sie auf nationaler sowie internationaler Ebene effektiv zusammenwirken.⁵⁴

Die Einführung des europäischen Emissionshandels als politisches Instrument der EU-Mitgliedsstaaten mag als Beispiel dafür dienen, dass eine kurzfristig pragmatische Klimapolitik des politisch Machbaren mit einem langfristig wirkungsvollen Instrument verbunden werden kann⁵⁵: Um die Akzeptanz wichtiger wirtschaftlicher Akteure zu sichern, wurden im Emissionshandel anfänglich deutlich mehr Zertifikate an Unternehmen kostenlos zugeteilt, als dies aus Gründen des internationalen Wettbewerbsschutzes nötig gewesen wäre. Inzwischen werden aber deutlich mehr Zertifikate versteigert und die Gesamtmenge der Zertifikate wurde weiter verknüpft, sodass es zu erkennbaren Preisanstiegen und Lenkungswirkungen kommt. In einem zweiten Schritt ist es nun jedoch wichtig, Mengen und Preise zügig anhand von wissenschaftlichen Daten und unabhängig vom politischen Tagesgeschäft festzusetzen und bisher nicht erfasste Emissionen (Verkehr, Gebäude) ebenfalls der CO₂-Bepreisung zu unterziehen. Nur dann lassen sich die angestrebten Klimaziele auch wirklich erreichen.⁵⁶ Die Anlaufschwierigkeiten des EU-Emissionszertifikationshandels sprechen also nicht per se gegen dieses politische Instrument.

Die Erfahrungen zeigen, dass die kritischen Einwände, die Papst Franziskus in *Laudato si'* (LS 171) gegen den Emissionshandel vorbringt, nicht zu treffen müssen, wenn man in verantwortungsvoller Weise nachsteuert.

Die Wissenschaft hat mittlerweile eine ganze Reihe unterschiedlicher Pfade für verschiedene Ländergruppen beschrieben, um dort eine ökologisch wie gesellschaftlich angemessene CO₂-Bepreisung einzuführen.⁵⁷ Dabei wäre es falsch zu glauben, dass sich alle Staaten auf die genauen Details einer gemeinsamen, zentral gesteuerten Klimapolitik einigen müssen. Die Forschung zeigt vielmehr: Weit vielversprechender als globale Verhandlungen um exakte Emissions-Mengenziele könnten multilaterale Vereinbarungen über CO₂-Mindestpreise sein, ergänzt durch Transfers, die zweckgebunden für Investitionen in eine erneuerbare Energieversorgung geleistet werden, finanziert aus dem Green Climate Fund.⁵⁸

Dies bedeutet eine Abkehr von der bisherigen politischen Praxis, auf globale Einheitslösungen zur CO₂-Reduktion zu hoffen, gleichzeitig aber finanzielle Ausgleichszahlungen möglichst auf nationaler Ebene kontrollieren und verwenden zu wollen. Die Verantwortung für die Details der Bepreisung von CO₂ könnte also stärker regionalisiert werden, etwa indem die einzelnen Staaten bzw. Staatengemeinschaften entscheiden, ob sie die notwendigen Einsparungen durch eine Steuer erreichen oder durch einen Emissionshandel, der ja auch um einen Minimumpreis ergänzt werden kann. Die notwendige Bedingung für diese Regionalisierung wäre aber, dass gleichzeitig an den jeweiligen Außengrenzen ein CO₂-Grenzausgleich analog zur Logik der Mehrwertsteuer-Anrechnung bei Importen und Exporten eingeführt und die internationale Solidarität gestärkt wird. Die Einrichtung und Stärkung entsprechender Institutionen wie z.B. internationale Klimafonds, durch die die Ausgleichszahlungen nicht als Mittel nationaler Außenpolitik, sondern zu einheitlichen Standards effizient und zielgenau erfolgen, wären damit nicht nur ein Zeichen wachsender internationaler Solidarität, sondern auch ein Akt wirtschaftlicher Vernunft. Dafür müssen wir nicht auf einen breiten globalen Konsens in wei-

ter Zukunft warten. Eine „Koalition der Willigen“, die mutig voranschreitet und ihre Politikinstrumente angemessen koordiniert, könnte eine erhebliche Dynamik auslösen. Gelingt dies, dann kann auch ein Bündel abgestimmter unterschiedlicher Einzelmaßnahmen schnell eine breite Sogwirkung entfalten und weitere Handelspartner zur Einführung ähnlicher Reduktionsmechanismen bewegen.⁵⁹

Ein ermutigendes Beispiel für das Potential derartiger klug koordinierter Initiativen, die von unterschiedlichen Partnern vorangetrieben werden können, ist die „*International Platform on Sustainable Finance*“ unter gemeinsamer Führung der Europäischen Kommission und der Volksrepublik China.⁶⁰ Gerade im Finanzbereich besteht allerdings nicht nur im Hinblick auf den Klimaschutz erheblicher Koordinierungsbedarf. So hat beispielsweise die Europäische Investitionsbank die Finanzierung fossiler Energieträger mittlerweile eingestellt, während viele eng mit ihr verbundenen Finanzinstitutionen noch deutlichen Nachholbedarf haben. Und auf globaler Ebene muss dringend dafür Sorge getragen werden, dass insbesondere die *Länder des Globalen Südens durch partnerschaftliche Zusammenarbeit befähigt werden, geeignete Technologien anzuwenden*, zu finanzieren und (weiter-) zu entwickeln sowie diese zukünftig ggf. auch selbst zu exportieren. Denn *dort besteht der größte Kapitalbedarf und das kostengünstigste Anwendungspotenzial für die Einführung regenerativer Energien*. Gerade hier könnten die Regierungen, Unternehmen und Finanzinstitutionen wohlhabender Länder durch *Technologietransfer und Finanzierungshilfen* einen enormen Beitrag zum gemeinsamen Kampf gegen Armut und Klimawandel leisten.⁶¹

Der kurz vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie vorgestellte Green Deal der Europäischen Kommission ist in vielerlei Hinsicht richtungsweisend: Zum Schutz des Gemeinwohls im Allgemeinen und des Klimas im Besonderen bedarf es nicht nur mutiger Investitionen, sondern auch innovativer Politikinstrumente, angemessener Kontroll- und Mitwirkungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft sowie verstärkter internationaler Kooperation

und Solidarität. Unter diesen Voraussetzungen und in dieser partnerschaftlichen Haltung schaffen öffentliche Institutionen den notwendigen Rahmen, durch den die in den folgenden Kapiteln beschriebenen Handlungsempfehlungen erst ihre volle Wirkung entfalten können.

4.2 Faire Verteilung von Zumutungen und Handlungschancen

Bei aller Notwendigkeit von politischen Interventionen darf man nicht der Illusion erliegen, dass der sozial-ökologische Wandel umfassend plan- und präzise umsetzbar sei. Die Möglichkeit unbekannter bzw. unbeabsichtigter Konsequenzen darf aber auch nicht dazu führen, Reformen rundweg abzulehnen. Entscheidend ist vielmehr, diese Unwägbarkeiten möglichst frühzeitig zu benennen und zu diskutieren. Zudem sollten unbeabsichtigte Konsequenzen nicht nur als Risiko gesehen werden. Manche nicht vorhergesehenen Resultate können vielleicht auch dem Transformationsziel dienlich sein. Auch um diese Chance zu nutzen, ist es notwendig, die *Transformation lernend-reflexiv zu gestalten*: Nicht alles wird gelingen, doch vom Nichthandeln, Verzögern und Verschweigen geht mit Sicherheit die größere Gefahr aus.

Vielerorts hat die Corona-Pandemie (zumindest kurzfristig) vieles massiv verändert. Sie hat zu gravierenden politischen Eingriffen in die private Lebensführung, die Gesellschaft und Wirtschaft geführt, die vorher kaum denkbar waren. Sie hat lang verdrängte soziale und ökologische Missstände wie etwa in der Fleischindustrie ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt und sie hat Verhaltensänderungen (z.B. weniger Flug- und Fernreisen, mehr Homeoffice) bewirkt, die zumindest teilweise zu einem langfristigen Gesinnungswandel beitragen könnten. Allerdings: Wie schon angedeutet, führt die Krise allein noch nicht zwangsläufig zu tiefgreifenden längerfristigen Veränderungen. Nicht selten beschränken sich die Antworten zeitlich und sachlich auf bloße Krisenintervention und oft genug führt eine Krise auch dazu, dass man aus dem Bedürfnis nach Sicherheit und Orientierung heraus erst recht auf gewohnte Strukturen und Praktiken zurückgreift.

Am Beispiel der Mobilitätswende lässt sich zeigen, dass bereits wirksame Veränderungsprozesse und gesellschaftliche Trends als unterstützende Faktoren genutzt werden können. Die geschilderten negativen Folgen des motorisierten Individualverkehrs erzeugen zwar einen gewissen Handlungsdruck, unser bisheriges System der Mobilität grundlegend zu verändern. Allerdings hat dieser bislang nicht ausgereicht, die angedeutete Mobilitätswende in Gang zu setzen. Zu sehr tragen bestehende ökonomische Strukturen, Mobilitätsleitbilder und Verhaltensroutinen zum Erhalt des veralteten Systems bei. Die Digitalisierung eröffnet hier einige neue Möglichkeiten, alternative Formen von Mobilität (und nicht nur die „Aufrüstung des eigenen Autos“) für breite Gesellschaftsschichten attraktiv zu machen, von weiterentwickelten Carsharing-Konzepten bis hin zu vernetzter intermodaler Mobilität, in der unterschiedliche Formen der Mobilität nutzerfreundlich und gewinnbringend verbunden sind. Zu einer modernen Verkehrspolitik zählen dabei nicht nur Forschungs- und Technologieförderung. Dazu sind auch steuerliche und andere Anreize für den motorisierten Individualverkehr zu reduzieren und attraktive Mobilitätsalternativen sowie politische Rahmenbedingungen zu schaffen, um diesen Alternativen etwa durch die Schaffung autofreier Innenstädte buchstäblich Raum zu geben. Auch hier zeigt sich die Bedeutung des oben genannten, unternehmerisch-innovativen Handelns: Gesellschaftliche Trends wie die wachsende Bereitschaft zum „Nutzen statt Besitzen“ können dann für die Transformation genutzt werden, wenn im Fall der Mobilitätswende Unternehmen der Automobilindustrie bereit sind, etwas Neues zu wagen und ihr Selbstverständnis vom bloßen Automobilhersteller hin zum Mobilitätsdienstleister zu entwickeln.

Generell gilt es also, gesellschaftliche Trends und den sich bereits vollziehenden Wandel wahrzunehmen, aktiv zu verstärken und nach Möglichkeit für die Überwindung bislang wirksamer Pfadabhängigkeiten zu nutzen. Am einfachsten ist dies, wenn wie bei regenerativen Energien oder alternativen Antriebstechnologien technologische Alternativen vorhanden sind und damit kein einschneidender persönlicher Verhaltenswandel

erforderlich ist. Relevante technologische Innovationen sollten durch entsprechende Anreize gefördert und nicht aus einer übertriebenen Angst vor möglichen Risiken und Folgewirkungen voreilig verhindert werden. Um breite Akzeptanz schaffen und Risiken bewerten zu können, sollte man solche Innovationen bereits in der Entwicklungsphase gesamtgesellschaftlich diskutieren, auch um deren spätere Implementierung durch angemessene soziale und politische Maßnahmen begleiten zu können.

Der dringend notwendige Pfadwechsel bei der Ernährung kann z.B. nur dann gelingen, wenn kulturelle Verhaltensmuster und wirtschaftliche Geschäftsstrategien mitbedacht und auch (bio-)technologische Lösungen, wie etwa unterschiedliche Fleischersatzstoffe, nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Angesichts der nach wie vor wachsenden Weltbevölkerung, der offensichtlichen Grenzen und Probleme konventioneller Fleischherstellung sowie der schwindenden Fischbestände ist klar, dass das Ziel einer ausgewogenen, proteinreichen Ernährung für alle Menschen eine weltweite Zukunftsherausforderung darstellt. Freilich gilt auch hier, dass (bio-)technologische Lösungen nur Teil einer sehr viel komplexeren Veränderungsstrategie mit einer deutlichen Aufwertung pflanzlicher Ernährungsmuster sein werden. Hier spielen Bildung für gesunde Ernährung, mehr Transparenz in der Lebensmittelbranche und der Kampf gegen Dumpingpreise allesamt eine wichtige Rolle.

Bei aller Offenheit für technologische Alternativen, ohne die der gesamtgesellschaftliche Wandel nicht zu bewerkstelligen sein wird, ist daher nochmals zu betonen: Ehrliche Transformationspolitik ist auch eine Politik der Verteilung von Zumutungen, um für andere wie für sich selbst neue Handlungschancen zu eröffnen. Wenn die negativen Effekte, die bislang auf verwundbare Menschen, künftige Generationen oder die Natur abgewälzt werden, künftig von den Verursacher/innen selbst getragen werden sollen, ist dies nicht ohne Einschnitte und Wertverluste von „stranded assets“ möglich. Um dabei von den unvermeidlichen Verteilungskonflikten (vgl. Kap. 3.2) nicht gelähmt zu werden, ist es hilfreich, den betroffenen Interessensgruppen frühzeitig zu zeigen, dass die Einschränkungen unter

den richtigen Voraussetzungen und einem angemessenen sozialen Ausgleich nicht nur „verkraftbar“, sondern sogar bereichernd sein können. Bei entsprechender Wertschätzung des Gemeinwohls bzw. beim Verzicht auf kurzfristige, häufig stark materiell ausgeprägte Nutzenmaximierung können vermeintliche Einschränkungen langfristig eine echte Bereicherung darstellen. Sie wirken befreiend und bereichernd nicht nur für diejenigen, die bislang vom Status quo benachteiligt wurden, sondern auch für bisherige Profiteure, die nun aus alten Pfaden ausbrechen können. Die kluge und differenzierte Analyse der Machtverhältnisse muss sich also mit einer Beurteilung im Lichte der Gerechtigkeit und der Gemeinwohlorientierung verbinden.

Eigeninteressen von Akteur/innen können durchaus mit dem Gemeinwohl in Einklang gebracht werden. In diesem Fall sollte das Partikularinteresse für das Erreichen der Transformationsziele genutzt und als förderlicher Anreiz stabilisiert werden. Dies gilt z.B. für viele der bereits genannten Innovationen, die auch aus eigenem Gewinninteresse heraus vorangetrieben werden, im Effekt aber dem Gemeinwohl und der nachhaltigen Entwicklung dienlich sein können. Nicht selten ist die Motivationslage auch gemischt. Dies gilt z.B. für das „social entrepreneurship“, für Unternehmen, die mit ihrem Geschäftsmodell gleichzeitig Gewinne erzielen und einem guten Zweck („purpose“) dienen wollen, oder auch für Konsument/innen, die sich (auch) aus Distinktionsbedürfnissen heraus an ökologischen Kriterien orientieren. In diese Richtung weisen auch einige Initiativen des UN Global Compact wie z.B. der an die Regierungen gerichtete Aufruf von über 150 weltweit tätigen Unternehmen mit mehr als 5 Millionen Beschäftigten, die Ankurbelung der Wirtschaft nach der Corona-Krise mit den notwendigen Reformen zur Erreichung des 1,5°-Ziels zu verbinden.⁶² Solange das Handeln eigeninteressierter Akteur/innen der nachhaltigen Entwicklung dient, können diese in beiderlei Hinsicht angesprochen werden: in ihrem Eigeninteresse und in ihrer (möglichen) moralischen Motivation.

Wer die Transformation voranbringen will, muss aber auch bereit sein, Partikularinteressen, die zur Profitmaximierung ausbeuterische oder umweltschädliche Praktiken anwenden, entgegenzutreten und diese, wenn nötig, öffentlichkeitswirksam zu thematisieren. Gemeinwohlschädliche Machtstrukturen und diejenigen, die davon profitieren, müssen als solche benannt und in die Verantwortung genommen werden. Zivilgesellschaftlichen Organisationen und auch der Kirche kommt hier eine besondere Rolle zu, in der sie anwaltschaftlich gerade die Interessen der besonders benachteiligten Gruppen thematisieren. Dabei können natürlich alle, die derartige notwendige Kritik üben, selbst über „Komplizenschaft“ in gemeinwohlschädigende Verhaltensweisen verstrickt sein – ein Dilemma, das nur durch die Bereitschaft zu erhöhter Selbstkritik und Transparenz gemindert werden kann.

Eine wesentliche Voraussetzung, um der (oft gut vernetzten) Macht gemeinwohlschädigender Partikularinteressen entgegenzutreten zu können, sind Bündnisse von Menschen, Initiativen, politischen Parteien, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gewerkschaften und Unternehmen, die sich bei aller Unterschiedlichkeit der Perspektiven und Erfahrungshintergründe und jenseits gewohnter Rollenverständnisse gemeinsam stark machen für eine sozial-ökologische Transformation.

4.3 Akzeptanz durch Transparenz und Teilhabe schaffen

Verschwörungsmythen und die populistische Verleugnung des sozial-ökologischen Transformationsbedarfs können vor allem dann gedeihen, wenn das Vertrauen in Transparenz und Teilhabe (zwei Grundversprechen des demokratischen Staates) bei immer mehr Bürgern erschüttert wird (vgl. Kap. 3.3). Teilhabe erfordert dabei nicht nur das demokratische Wahlrecht, sondern auch die gesamtgesellschaftliche Teilhabe am sozialen Leben sowie am wirtschaftlichen Erfolg einer Nation. Die Antwort auf diesen Vertrauensverlust sollte aus drei Schritten bestehen: erstens, diese Erschütterung anzuerkennen, zweitens, Informations-, Mitsprache- und

Teilhabemöglichkeiten zu verbessern sowie drittens, populistische Instrumentalisierungen, die diesen Vertrauensverlust zum eigenen Vorteil weiter verstärken und kein Interesse an konstruktiven Lösungen haben, zu entlarven. Ein stabiler Rechts- und ein leistungsfähiger Sozialstaat bedingen sich so gegenseitig.

Um dem Populismus zu widerstehen, darf man also die Emotionen, mit denen er arbeitet, in der Gestaltung und Kommunikation der Transformation nicht ausblenden und als irrational oder irrelevant abwerten. In diesem Sinne müssen Angst, Sorge, Zorn und Kränkungsgefühle ernst genommen werden; nur so besteht die Chance, sie durch konstruktive Mitgestaltung ins Positive zu wenden.⁶³ Das bedeutet auch, diese Emotionen durch apokalyptische Untergangsszenarien nicht noch zu befeuern. Zugleich muss diese Kommunikation auch die positiven Zielperspektiven veranschaulichen und dabei emotional ansprechend gestalten. Neben Zahlen, Daten und Fakten bedarf es auch einer motivierenden, ermutigenden und sinngebenden „Vision“, was durch die Transformation für alle erreicht werden kann und soll (vgl. Kap. 2).

Auch hier zeigt sich, wie wichtig es ist, konkrete Transformationsvorhaben möglichst partizipativ zu gestalten. Die gemeinsame Beantwortung der Frage (etwa auf lokaler Ebene), wie wir künftig so zusammenleben wollen, dass alle Menschen gut leben können, nimmt die Anliegen und Sorgen der Menschen ernst. Der Diskurs reicht dafür allein jedoch nicht aus, sondern es gilt auch, gemeinsam zu handeln. Zivilgesellschaftliche *Diskurslandschaften* bedürfen daher zwingend komplementärer *Tatlandschaften*. Debatte ebenso wie gemeinsames Handeln profitieren von subsidiären Strukturen.⁶⁴ Subsidiarität bedeutet die Ermächtigung der unteren Ebene. Im Fall der Corona-Pandemie ebenso wie im Angesicht der Klimakrise bedeutet das, dass die Verantwortlichen vor Ort angemessen und zielführend handeln können. Aber nicht, dass die unteren Ebenen mit dieser Verantwortung alleingelassen bzw. nicht mehr entsprechend kontrolliert werden. Neben mehr Entscheidungsbefugnissen und entsprechender finanzieller Ausstattung für lokale Gremien und Verwaltungseinheiten

bedarf es auch hier klarer Transparenzvorgaben und der Kommunikation einer gemeinsamen Zielperspektive. Hierbei können, auch das hat die Coronakrise gezeigt, international vergleichbare Standards und Indizes hilfreich sein, etwa durch neue Indikatoren für nachhaltige Entwicklung, die das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Wohlstandsmaß zukunftsgerichtet ergänzen.

Für alle geschilderten Aufgaben ist es wichtig, Menschen durch angemessene Bildungs- und weitgehende Informationsangebote zu ermutigen, der populistischen Versuchung zu widerstehen und stattdessen den Wandel selbst mitzugestalten. Eine „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, die Lust auf Veränderung weckt und Erfolgserlebnisse vermittelt, ist nicht nur ein probates Mittel gegen Populismus, sondern verstärkt auch die Fähigkeit und Bereitschaft künftiger Generationen von Politiker/innen, multilateral, regelbasiert und im engen partnerschaftlichen Austausch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenzuarbeiten.

4.4 Kulturelle Dimension berücksichtigen und nutzen

Wird die kulturelle Dimension menschlichen Lebens und Zusammenlebens in der Gestaltung von Transformationsprozessen nicht berücksichtigt, kann dies zu Abwehr und Blockaden führen. Zugleich wird das große transformationsförderliche Potential nicht genutzt, das mit kulturell geprägten Sichtweisen, Weltzugängen, Menschenbildern, Wertorientierungen und Präferenzen verbunden sein kann.

Lebens- und Konsumstile verändern sich nicht selten in sogenannten „Nischen“. Sie spielen sich zunächst nur in bestimmten soziokulturellen Milieus und nur unter bestimmten Rahmenbedingungen ab und nehmen im Kleinen vorweg, was durch die sozial-ökologische Transformation gesamtgesellschaftlich erreicht werden soll. So haben Bio- und Fair-Trade-Produkte mittlerweile den Weg von einzelnen Privatinitiativen in die Regale der großen Supermarktketten gefunden, auch wenn längst noch nicht alle damit verbundenen Maßstäbe der Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit dort angekommen sind. In der Nische zeigt sich also, dass das Verlassen

von Pfaden und Durchbrechen eingespielter Verhaltensroutinen unter bestimmten Bedingungen möglich ist und innovative Kraft entfalten kann. Die Idee des „Prosumers“ verweist darauf, dass in immer mehr Bereichen die Grenzen zwischen Produktion und Konsum zu verschwimmen beginnen. So kann es z.B. die Energiewende befördern, wenn eine wachsende Zahl von Haushalten Ökostrom nicht nur für den Eigenbedarf produziert.

Um die Erfahrungen „in der Nische“ für die gesamte Gesellschaft fruchtbar zu machen, müssen diese zunächst einmal sensibel wahrgenommen und analysiert werden: Warum sind diese „nischenhaften“ Veränderungen erfolgt, welche Faktoren haben sie begünstigt, welche Voraussetzungen waren nötig – und was lässt sich daraus lernen für die Gestaltung struktureller Ermöglichungs- und Anreizbedingungen, um diese über die Nische hinaus zu verbreiten? Wenn diese Erfahrungen umgesetzt und durch entsprechende Kommunikation auch für breitere Gesellschaftsschichten als attraktiv und nachahmenswert erkennbar werden, können aus der Nische heraus gesamtgesellschaftliche Veränderungen in Gang kommen.

Eine kluge Transformationspolitik folgt damit auch in kultureller Hinsicht dem bereits geschilderten Subsidiaritätsprinzip: Sie betont einerseits gemeinsame Zielperspektiven wie die Förderung eines suffizienteren Lebensstils und des Gemeinwohls, eröffnet aber gleichzeitig neue Räume und Nischen, damit die unterschiedlichen Traditionen und Wertvorstellungen allesamt zum notwendigen Kulturwandel beitragen können.

Diese tief verwurzelten, aber eben nicht statisch-starren, sondern sich oft langsam verändernden kulturellen Traditionen tragen durch ihre Orientierungskraft maßgeblich zur Ausrichtung individuellen wie kollektiven Handelns bei. Sie entfalten eine starke motivationale Kraft, sich tatsächlich entsprechend dieser Ausrichtung zu verhalten, bieten einen tragenden Halt auch in Zeiten des Umbruchs und sollten daher immer dann, wenn sie mit den Zielen der sozial-ökologischen Transformation kompatibel sind, angesprochen und genutzt werden. Dies gilt auch für religiös und spirituell fundierte Einstellungen und Überzeugungen.

So gibt es in unterschiedlichen kulturellen Traditionen eine hohe Wertschätzung der Natur und der nicht-menschlichen Lebewesen, ein normativ gehaltvolles Wissen um die Verbundenheit alles Lebendigen sowie Konzepte eines guten Lebens, das sich nicht in materieller Wohlstandssteigerung erschöpft: allesamt Einstellungen, die mit der Zielperspektive eines menschenwürdigen Lebens für alle innerhalb der planetaren Grenzen gut vereinbar sind. Hier gilt es, in einem interkulturellen Dialog, der Vielfalt und Unterschiedlichkeit respektiert, zu erkunden, was die sozial-ökologische Transformation voranbringen kann.

Die genannte Vielfalt kultureller Überzeugungen, Einstellungen und Wirklichkeitszugänge ist eine Herausforderung, die aufgegriffen und als Chance genutzt werden muss: Die Diversität erleichtert es auch, in einer pluralen und unverkürzten Weise die komplexe Wirklichkeit angemessen wahrzunehmen, zu interpretieren und zu gestalten. Auch Papst Franziskus verweist auf den Wert kultureller Vielfalt angesichts der Komplexität der Herausforderung: „Wenn wir die Komplexität der ökologischen Krise (...) berücksichtigen, müssten wir zugeben, dass die Lösungen nicht über einen einzigen Weg, die Wirklichkeit zu interpretieren und zu verwandeln, erreicht werden können. Es ist auch notwendig, auf die verschiedenen kulturellen Reichtümer der Völker, auf Kunst und Poesie, auf das innerliche Leben und auf die Spiritualität zurückzugreifen. Wenn wir wirklich eine Ökologie aufbauen wollen, die uns gestattet, all das zu sanieren, was wir zerstört haben, dann darf (...) keine Form der Weisheit beiseitegelassen werden.“ (LS 63)

5 Und die Kirche?

Abschließend soll erörtert werden, ob, inwiefern und unter welchen Voraussetzungen Religionsgemeinschaften und Kirchen „Akteure des Wandels“ sein und spezifische Inhalte adressieren können, die andere nicht oder weniger deutlich einbringen können.

5.1 Ambivalenz von Religionsgemeinschaften und Kirchen

Die christlichen Kirchen und andere große Religionen sehen es schon seit langem als ihre Aufgabe an, gesellschaftliche Entwicklungen ethisch zu reflektieren und orientierende Maßstäbe dafür anzubieten. Dabei wurde der Dialog mit den Wissenschaften und anderen Religionen zuletzt intensiviert, z.B. mit den beiden letzten Enzykliken *Laudato si'* und *Fratelli tutti*. Der Dialog fördert nicht nur die Zusammenarbeit von Menschen unterschiedlicher Religionen und Weltanschauungen, sondern beugt auch Konflikten vor. Denn die großen Religionen erheben vielfach den Anspruch, universale Antworten zu geben bzw. Wahrheiten zu verkünden. Genau wie kulturelle Traditionen stehen deshalb auch Religionen bzw. religiöse Überzeugungen in der Gefahr, populistisch vereinnahmt zu werden – vor allem dann, wenn sie einzelne Positionen verabsolutieren und monopolistische Ansprüche definieren, statt sich als lebendige Suchbewegung und solidarische Lerngemeinschaft zu begreifen.

Kirchen und Religionsgemeinschaften können als weltweite Gemeinschaften und globale Akteure, die zugleich in sehr unterschiedlichen Kulturen verankert sind, Anwältinnen für grenzüberschreitende Gerechtigkeit, universelle Menschenrechte und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sein. Dabei sollten sie und gerade auch die katholische Kirche sich ehrlich eingestehen, dass es ihnen selbst lange Zeit schwerfiel, sich diese Ziele zu eigen zu machen und dass sie nicht selten heute noch gegen diese Ideale verstoßen, meist im Widerspruch zu ihrer eigenen Lehre und ihren eigenen moralischen Ansprüchen.

Ein kontroverses Thema ist hier die nach wie vor zurückhaltende Haltung gegenüber den Menschenrechten, jedenfalls sobald man sie auch für die inner-religiösen Bereiche und Strukturen einfordert. So beanspruchen viele Religionen Räume, in denen bestimmte Menschenrechte nur eingeschränkt gelten, wenn sie etwa, zumindest in ihrem internen Bereich, Frauen Rechte verweigern, die man in der Zivilgesellschaft als universal gültig betrachtet.

Die Ambivalenz der katholischen Kirche und anderer Glaubensgemeinschaften zeigt sich vor allem auch bei der Bevölkerungspolitik, einer immer drängenderen Herausforderung im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung. Die kirchliche Lehre verweist zu Recht darauf, dass das Bevölkerungswachstum gerade auch vor dem Hintergrund der weltweit höchst ungleichen Verteilung von Wohlstand und Ressourcenverbrauch nicht die primäre Ursache für weltweite Armut und die Bedrohung der Lebensgrundlagen darstellt. Die Industrienationen mit ihrem hohen Pro-Kopf-Verbrauch sind von daher in einer denkbar schlechten Position, diesbezüglich Ratschläge, nicht selten verbunden mit finanziellem Druck, an die ärmeren Länder dieser Welt zu erteilen. Dennoch ist, wie schon erwähnt (vgl. Kap. 3.2), eine verantwortbare Bevölkerungspolitik unabdingbar, um die Agenda 2030 mit den SDGs erreichen zu können. Bedenkt man, dass weltweit mehr als 25% der Schwangerschaften ungewollt sind⁶⁵ und dass UN-Prognosen zufolge die Weltbevölkerung (trotz vielerorts sinkender Fertilitätsraten) zwischen 2020 und 2050 um weitere 1,9 Milliarden Menschen, davon 1,2 Milliarden in Afrika,⁶⁶ wachsen wird, so wird klar, welch dringlicher Handlungsbedarf besteht.

Gerade die katholische Kirche steht hier in der Verantwortung, Orientierung für eine solche verantwortliche Bevölkerungspolitik zu geben. Der Schutz des Lebens, die Ablehnung staatlicher Zwangsmaßnahmen und die reproduktive Selbstbestimmung von Familien sind dafür zentrale Maßstäbe. Schon Papst Paul VI. hat darauf hingewiesen, dass staatliche

Organe mit ihren durchaus notwendigen Maßnahmen zur Familienplanung die „berechtigte Freiheit der Eheleute nicht antasten dürfen“ (*Populorum progressio* 37), da die „letztliche Entscheidung über die Kinderzahl bei beiden Eltern liegt“ (ebd.). Um diese (Gewissens-)Freiheit zu gewährleisten, darf man aber verantwortliche Formen der Familienplanung, die für die betroffenen Menschen auch realistisch und wirksam sind, nicht grundsätzlich verdammen. Denn dann würde man die Lebenswirklichkeit vieler Menschen nicht nur in Ländern, in denen der Bevölkerungszuwachs – oft armutsbedingt – sehr hoch ist, nicht ernst nehmen. Wenn kirchliche Hilfsorganisationen und Ortsgemeinden, die die Not der Menschen vor Ort kennen, sich daher für einen angemessenen Zugang zu Verhütungsmitteln einsetzen, verdienen diese Respekt und dürfen nicht innerkirchlich diffamiert werden.⁶⁷

Um tatsächlich *beide* Elternteile gleichermaßen zu verantwortungsvollen Gewissensentscheidungen ermächtigen zu können, ist es unerlässlich, Frauen weltweit einen besseren Zugang zu Bildung zu verschaffen und ihre Beschäftigungschancen zu verbessern. Dann können sie sich eigenständige Einkommenschancen und damit gleichwertige Selbst- und Mitbestimmungsmöglichkeiten erschließen. Diese zeitgemäßen Mitbestimmungsmöglichkeiten müssen selbstverständlich nicht nur in Staat und Gesellschaft eingefordert, sondern auch innerkirchlich konsequent weiterentwickelt werden, sodass aus dem „brüderlichen Umgang“ endlich ein zukunftsfähiges „geschwisterliches Miteinander“ wird.

Eine wichtige Kraft- und Motivationsquelle für persönliche und strukturelle Veränderungen findet sich in den reichen spirituellen und moralischen Traditionen des Christentums und anderer Religionen. Dabei darf man jedoch nicht übersehen, dass auch Spiritualität ambivalent sein kann: Sie verfügt über eine Kraft, die bewusst manipuliert oder ungewollt missverstanden werden kann; sie kann Weltflucht befördern, zur Missdeutung von materiellem Wohlstand (als vermeintlich „göttlichem Geschenk“) oder des Schöpfungsauftrags („Macht euch die Erde untertan“ statt sie

treuhänderisch zu verwalten und zu pflegen) führen. Ähnlich wie kulturelle Traditionen muss auch Spiritualität immer wieder hinterfragt und neu entdeckt werden, um ihr lebensdienliches Potential zu entfalten. Die folgenden Gedanken sollen dazu einige kurze Impulse liefern.

Eine für die Transformation dienliche Spiritualität beginnt mit einer Haltung sensiblen (Zu-)Hörens. Nur wer mit offenen Ohren und offenem Herzen den Schrei der Erde und der Armen hört und sich davon anrühren lässt, kann Menschen und Erde in Beziehung zueinander bringen. So gelingt es, einen echten Dialog zu beginnen und das Gemeinwohl aller in den Blick zu nehmen. Mit diesem Perspektivenwechsel hilft Spiritualität, mit egozentrischen Denkmustern zu brechen. Der Mensch blickt nicht mehr suchend auf das, was er noch brauchen könnte, sondern dankbar auf das, was er bereits hat, und sucht gleichzeitig zu verstehen, was seinen Nächsten noch fehlt.

Diese suchende Spiritualität führt auch hinaus „auf die Straße“. Sie ist ein kollektiver Prozess, der die Menschen dorthin drängt, wo die brennenden Probleme der Zeit und zugleich die Auseinandersetzung um Veränderung stattfinden: Sie ist präsent bei den Demonstrationen im Rheinischen Braunkohlrevier, bei Klimastreiks und im Kirchenasyl und sollte hier bei aller Klarheit der Standpunkte immer auch eine hörende und suchende sein, die ganz gezielt auch die leisen und marginalisierten Stimmen wahrnimmt und für andere hörbar macht. So besteht das Potenzial, den in den letzten Jahren so wichtig gewordenen Dialog *der* Religionen mit dem Dialog *durch* die Religionen zu ergänzen, der die Transformation wesentlich befördern kann.

Dadurch ist Spiritualität immer auch offen für neue Einsichten und damit verbundene konkrete Handlungsanrufe. Sie ist offen für den Erfahrungsschatz anderer Kulturen – der Migrant/innen, die zu uns kommen, oder der indigenen Gemeinschaften, deren Kosmvisionen und Vorstellungen

vom guten Leben uns helfen können, das Wissen um ökologische Zusammenhänge noch besser in unsere eigene Weltsicht und unser tatsächliches Handeln zu integrieren.

Spiritualität ist immer auch auf Transzendenz bezogen. Gläubige aller Religionen vertrauen darauf, dass in dieser Haltung der suchenden Offenheit auch Gottes Stimme im eigenen Herzen hörbar wird. Gerade diese Erfahrung erlaubt es, die komplexen Verflechtungen unserer Welt nicht als persönlich überfordernd zu empfinden, sondern als tief verbundene Einheit, in der jedes Leben gewollt und aufgehoben ist. Schließlich versteht eine auf Gottes Güte vertrauende Spiritualität Umkehr nicht als Strafe, sondern als geschenkte Chance. Viel zu häufig wird die sachliche Analyse von Wirkungszusammenhängen als moralische Verurteilung gedeutet, Umkehr als Scheitern und materielle Einschränkungen als Strafe verstanden. Einer richtig verstandenen Spiritualität geht es dagegen darum, heilende Beziehungen im Zusammenleben der Menschen und zur Schöpfung zu stiften.

5.2 Kirchen als potenzielle Akteure des Wandels

Bei der Frage nach dem möglichen Beitrag von Kirchen zur Nachhaltigkeitsdebatte ist es hilfreich, zunächst grundsätzlich auf sogenannte glaubensbasierte Akteure (GBA) zu blicken, also Organisationen, die sich in diesem Diskurs als religiös oder spirituell bezeichnen. Studien zeigen, dass die Öffentlichkeit der Zivilgesellschaft und auch GBA im politischen Diskurs tendenziell mehr *Legitimität* zuschreibt als Unternehmen und Politik. Dies liegt vor allem daran, dass man ihnen ein größeres Gemeinwohlinteresse zugesteht. Manche sprechen hier von moralischer Legitimität – in Unterscheidung etwa zu einer Legitimität, die aus einer Wahl bzw. einem Amt erwächst.⁶⁸ Untersuchungen zur Rolle von GBA bei den Vereinten Nationen haben gezeigt, dass man GBA im Kontext wertebasierter Argumente und Kommunikationen häufig eine solche besondere Autorität zuerkennt.⁶⁹

Zudem ergab eine Analyse der Einreichungen im Vorfeld der Rio+20-Konferenz, dass GBA im Vergleich zu anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren

nachhaltige Entwicklung tendenziell *holistischer* auffassen.⁷⁰ Sie adressieren zum Beispiel neben der ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimension von nachhaltiger Entwicklung dezidiert auch spirituelle Perspektiven (vgl. Kap. 5.1.). In ähnlicher Hinsicht verstehen sie auch den Begriff der Lebensqualität umfassender. GBA rücken zudem die Gerechtigkeitsfrage noch einmal stärker ins Zentrum, weil sie fundamentale *Gerechtigkeitsprinzipien* zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen und Argumente machen. Besonders relevant wird dies bei aktuellen Fragen von Konsumgrenzen und Suffizienz, der gesellschaftlichen Organisation von Verantwortung füreinander und der grundsätzlichen Betonung von Gerechtigkeit und Ethik, die eine Herausforderung für Konsumkultur und Anspruchsdenken darstellen können. Dass diese Anliegen gleichzeitig zum Kern christlicher Normen gehören, unterstützt die Kraft und Authentizität, mit der die Kirchen sie vertreten können. Wirksam können diese Themen im gesellschaftlichen Diskurs v. a. dann vertreten werden, wenn sie nicht kirchlich vereinnahmt werden, sondern partnerschaftlich gemeinsam mit weiteren engagierten zivilgesellschaftlichen Organisationen in die Öffentlichkeit getragen und in konkreten Leuchtturmprojekten verwirklicht werden (vgl. auch Kap. 5.3). Dank ihrer starken Strukturen und weltweiten Vernetzung haben die christlichen Kirchen ein besonderes Potenzial, nicht nur die eigenen, sondern auch andere, marginalisierte, Stimmen hörbar zu machen und die Perspektiven all derjenigen aufzuzeigen, die über keine eigene Lobby verfügen.

Damit wird bereits deutlich, dass auch *organisationelle* Aspekte mit darüber entscheiden, ob Kirchen als Change Agents eine besondere Rolle in der Transformation spielen können.⁷¹ Eine in diesem Zusammenhang wichtige Unterscheidung ist dabei die zwischen eher hierarchischen und basisorientierten Organisationen. Erstere haben das Potential, vergleichsweise schnell weithin sichtbare Impulse zu setzen, da die dafür notwendigen Entscheidungen von einem kleinen Kreis an der Spitze der Organisation getroffen werden können. Die Stärke von Graswurzel-Organisationen wiederum ist, dass sie oft demokratischer und damit in der Lage sind, die

Mitglieder besser „mitzunehmen“. Organisationstheoretisch hat damit die katholische Kirche ein besonders hohes Potenzial, denn sie verfügt sowohl über eine sichtbare Spitze, die Entscheidungen treffen und sichtbar verkünden kann, als auch über eine weltkirchliche Basis, in der sich ihre Mitglieder in den Gemeinden der jeweiligen Ortskirchen aktiv einbringen und in die Breite wirken können. Zuletzt hat Papst Franziskus große Anstrengungen unternommen, auf den vom Vatikan organisierten „Welttreffen der Volksbewegungen“ diese Basisorganisationen in einen Dialog zu bringen, ihre weltweite Sichtbarkeit zu steigern und letztlich auch als Kirche von ihnen zu lernen.

Darin ist auch der Anspruch der katholischen Kirche zu erkennen, in globaler Sicht eine Einheit in Vielfalt zu bilden, was auch die Bedeutung des Neben- und Miteinanders ihrer Mitglieder aus unterschiedlichen Kulturen, Ethnien, sozio-ökonomischen, politischen und geografischen Kontexten zeigt: Die Weltkirche ist nicht nur Solidar-, sondern auch Lerngemeinschaft.

Im Hinblick auf die materielle Ressourcenausstattung werden die Kirchen von vielen als prinzipiell *weniger abhängig* als andere Akteure wahrgenommen. So gibt es zahlreiche Hinweise darauf, dass z.B. die Abhängigkeit der Politik von der Wirtschaft zugenommen hat. Das Corporate Europe Observatory weist beispielsweise darauf hin, dass Wirtschaftsunternehmen allein für Lobbying im Kontext der europäischen Agrarpolitik im Jahr 2011 viermal so viel ausgegeben haben wie zivilgesellschaftliche Organisationen über die ganze Bandbreite aller Politikbereiche.⁷² Die große Mehrheit der zivilgesellschaftlichen Organisationen wiederum ist von ihren Mitgliedern bzw. von Spendengeldern abhängig. Innerhalb des wirtschaftlichen Sektors schließlich werden viele Konzernentscheidungen von Großinvestoren getrieben. Die relativ größere materielle Unabhängigkeit der Kirchen und vergleichbarer GBA stellt im Kontext des politischen Diskurses daher eine nicht zu unterschätzende Ressource dar.

Die katholische Kirche verfügt also in verschiedener Hinsicht über ein bedeutendes Potenzial und damit über eine mindestens genauso große Verantwortung. Statt sich mit der Frage zu lähmen, inwieweit die Kirche in einer pluralen, säkularen Demokratie überhaupt politischen Einfluss ausüben darf (eine Frage, die sich kaum ein anderer Teilnehmer im öffentlichen Diskurs stellt), sollte man verstehen, dass es im 21. Jahrhundert starke post-säkulare Tendenzen gibt, aufgrund derer Religionen weiterhin gesellschaftlichen Einfluss haben⁷³. Für die katholische Kirche stellt sich eher die Frage, auf welche Weise sie ihr Potential in den gesellschaftlichen Diskurs einbringen kann, und welches Selbstverständnis und nicht zuletzt welche Glaubwürdigkeit, was das eigene Handeln angeht, dafür notwendig ist.

5.3 Zum Reformbedarf der katholischen Kirche

Die deutschen Bischöfe haben in ihren Handlungsempfehlungen zur nachhaltigen Entwicklung in den Diözesen⁷⁴ betont, wie wichtig eine ganzheitliche Betrachtung und glaubwürdiges eigenes Handeln sind: sowohl um das Schöpfungsbewusstsein innerkirchlich besser zu verankern – etwa durch die Verortung der Schöpfungsspiritualität in Liturgie und Verkündigung – als auch um in jedem Bereich kirchlichen Wirtschaftens und Entscheidens konsequent den Anspruch der Nachhaltigkeit zu beachten. Um diese Empfehlungen stringent umzusetzen, braucht es die entsprechende organisatorische Verankerung: In einigen Bistümern hat sich gezeigt, dass professioneller „*Klimaschutz aus einem Guss*“ zu enormen Emissions- und Kostenminderungen führen kann, wenn er als Querschnittsaufgabe begriffen wird und z.B. die diözesanen Umweltbeauftragten in die entsprechenden Leitungs- und Entscheidungsgremien eingebunden und mit ausreichend Ressourcen ausgestattet sind. Es bietet sich an, dass die Diözesen personell und strukturell schwächer aufgestellten kirchlichen Rechtsträgern in ihren jeweiligen Regionen, insbesondere den örtlichen Ordensgemeinschaften, personelle Unterstützung bzw. Zusammenarbeit bei der Implementierung besserer Umweltstandards anbieten.

Einer der wichtigsten Indikatoren für klimapolitisch nachhaltiges und damit auch gesellschaftlich umsichtiges und verantwortliches Handeln von gesellschaftlichen Akteuren wie Unternehmen, Behörden oder auch den Kirchen ist die *Minderung des eigenen ökologischen Fußabdrucks*. Innerkirchlich sind diesbezüglich in Deutschland die folgenden Stellhebel besonders bedeutsam:

Beim *Gebäudemanagement* ist eine konsequente und systematische Umstellung auf erneuerbare Energien ein Gebot der Stunde. Durch den Ausbau der eigenen Produktion und Nutzung erneuerbarer Energien können die Kirchen nachhaltig investieren und als „Prosumer“ (vgl. Kap. 4.4) den Wandel aktiv vorantreiben. Da die schrittweise Umstellung möglichst aller Heizungen auf nichtfossile Energieträger wegen ihrer langen Lebenszyklen bis weit in die 2030er-Jahre dauern dürfte, ist dies allerdings bei allen aktuellen Renovierungs- und Neubauprojekten unverzüglich umzusetzen; die Verwendung ökologischer Baumaterialien sollte dabei ebenso selbstverständlich sein. Der flächendeckende *Wechsel auf Ökostrom für alle kirchlichen Liegenschaften* sollte wegen des verhältnismäßig geringen Zeit- und Kostenaufwands ebenfalls rasch erfolgen.

Kirchliche Immobilien bieten auch große Chancen, dem selbst formulierten Anspruch noch besser gerecht zu werden, als Kirche „alternative Formen des Miteinanders erfahr- und erlebbar [zu] machen“⁷⁵. So empfiehlt sich u. a. die zielgerichtete, flächendeckende Unterstützung zukunftsweisender Formen sozialen Miteinanders durch kirchliche, v. a. gebäudliche Infrastruktur. Weiterhin sollte das bei vielen, aber längst nicht allen Trägern bewährte Prinzip gestärkt werden, kirchliche Immobilien jeweils zum Teil auch unter den ortsüblichen Marktpreisen zu vermieten, um bestimmte Wohnformen (z.B. Mehrgenerationenhäuser) und eine breite Mischung verschiedenster Sozial- und Einkommensmilieus zu fördern. Dabei sei daran erinnert, dass die bevorzugte Erbpachtvergabe an Wohnungsgenossenschaften und die besondere Förderung von Wohnanlagen für sozial Schwächere in den Aufbaujahren nach dem Zweiten Weltkrieg

eine große innerkirchliche und gesamtgesellschaftliche Dynamik entfalten konnte. Da es in Deutschland immer mehr kirchliche Immobilien gibt, die nicht mehr pastoral genutzt werden, wäre ein ähnlicher Beitrag der Kirche zur *Bereitstellung des in den Städten dringend benötigten bezahlbaren Wohnraums* auch heute möglich.⁷⁶

Ebenfalls großes Potenzial liegt in der konsequenten Ausrichtung des kirchlichen *Beschaffungswesens* an sozial-ökologischen Kriterien. Nimmt man z.B. die hier diskutierten Anregungen zur Mobilitätswende ernst, so müsste das zu konkreten Änderungen in der Organisation und Zusammenstellung von kirchlichen Fuhrparks und Richtlinien für erstattungsfähige Dienstreisen (z.B. hinsichtlich innerdeutscher Flugreisen) führen. Entsprechend sollten im Hinblick auf die notwendige Konsum- und Ernährungswende kirchliche Küchen (inkl. kirchlicher Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser und Seniorenheime) auf mehr Vollwertkost, „bio-regio“ sowie „Fair Trade“ umgestellt werden.⁷⁷ Modellversuche zeigen, dass dies nicht teurer ist, wenn die Verantwortlichen entsprechend geschult sind (darin liegt der eigentliche Finanzaufwand) und der Wille zu weniger Fleischprodukten vorhanden ist. Hinzu kommt eine sichtbare politische Positionierung zu Bio- und regional erzeugten Produkten sowie zu fairem Handel. Die ökologische Landwirtschaft ist deutlich ressourcenschonender und in Verbindung mit dem Fair-Trade-Standard die nachhaltigste Form der Herstellung von Lebensmitteln und Textilgütern aus dem Globalen Süden.

Zum Handlungsfeld *Flächenmanagement*: Hier besteht dringender Klärungsbedarf, ob „Kirchenland“ künftig nach *einheitlichen Nachhaltigkeitskriterien* bewirtschaftet werden soll, was angesichts der Vielzahl verschiedener kirchlicher Rechtsträger eine große Herausforderung darstellt.⁷⁸ Eine solche Diskussion hätte vor allem dann gesamtgesellschaftlichen Signalcharakter, wenn es gelänge, die vielen Verteilungskonflikte, die eine Umstellung der Verpachtungspraxis in einzelnen Pfarrgemeinden und Kirchenstiftungen nach sich ziehen würde, frühzeitig mit den unterschiedlichen Interessenvertreter/innen zu erörtern und dann auch auf der

Grundlage geteilter Wertvorstellungen eine gemeinsame Regelung zu finden. Im Abgleich mit der Nationalen Biodiversitätsstrategie sollte zudem auch über die *Herausnahme von kirchlichen Offenland- und Forstflächen aus der Nutzung, konsequenten Waldumbau und einen Beitrag zur Wiedervernässung von Moorflächen*, eine der wichtigsten natürlichen CO₂-Senken, gesprochen werden.

Zum Handlungsfeld *Finanzen*: Die Kirchen und ihre großen Vermögensverwaltungen berücksichtigen bei ihren Anlagen inzwischen verstärkt *ethisch-nachhaltige Kriterien* mit dem Ziel, ethisch zweifelhafte wirtschaftliche Aktivitäten zu erschweren und solche, die den eigenen Vorstellungen von gutem Wirtschaften entsprechen, zu fördern. Dazu ist es jedoch notwendig, nicht nur die Glaubwürdigkeit der Anbieter solcher Anlageprodukte, sondern auch die Wirkung dieser Anlagen zu prüfen und im Blick zu behalten. Um nicht nur das eigene Gewissen zu beruhigen, sondern auch eine Lenkungswirkung zu erzielen, sollten die Kirchen als Anleger versuchen, *gezielteren Einfluss auf Unternehmen auszuüben*. Sie können sich darum bemühen, durch ihre Anlagen die Finanzierungsbedingungen nachhaltiger Geschäftsideen zu verbessern. Viel stärker als bisher sollten sie als Anteilseigner die Möglichkeit nutzen und versuchen, durch – möglichst mit anderen abgestimmten – Engagement-Aktivitäten, die Geschäftspolitik der Unternehmen zu verändern.⁷⁹ *Kirchliche Gelder sollten auch konsequenter aus Firmen abgezogen werden, die von der Förderung fossiler Brennstoffe leben*: Schritte, die große deutsche Finanzkonzerne bereits vollzogen haben.

Weitere wichtige Schritte, die nun anstehen, sind die Ausdehnung des Segments ethisch-nachhaltiger Finanzierung auf weite Teile der diözesanen Vermögensverwaltungen und die flächendeckende Anwendung der diözesanen Richtlinien und Erfahrungen auch auf die zahlreicheren Vermögen von einzelnen Kirchenstiftungen, Pfarrgemeinden und Ordensgemeinschaften. Angesichts der immer noch niedrigen Zinsen und des bereits beschriebenen Investitionsnotstands im Bereich nachhaltiger Infra-

struktur und erneuerbarer Energien müsste die Devise zumindest für einen Teil der kirchlichen Finanz-Anlagen sein: raus aus dem Festgeld, rein in den aktiven Klimaschutz.

Die hier genannten Aktionsfelder decken selbstredend nur einen kleinen, aber klimapolitisch sehr wirkungsmächtigen, Handlungsbereich ab, durch den die katholische Kirche innerhalb ihres eigenen Verantwortungsbereiches einen deutlichen Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation leisten kann. Dabei ist zu unterstreichen, dass die genannten Empfehlungen für geteilte und subsidiäre Verantwortung, für erhöhte Transparenz und das Bemühen um einen tiefgreifenden Gesinnungswandel wesentliche Voraussetzungen dafür sind, dass diese Transformation gelingen kann. Oft waren es gerade basisdemokratische Gruppierungen und Verbände, die innerkirchlich *Pionierarbeit* für Zukunftsthemen wie aktiven Umweltschutz, Fair Trade oder nachhaltige Geldanlagen geleistet haben und die diese Anliegen in der Breite weiter vorantreiben. Angesichts der strukturellen Krise der institutionalisierten Kirche stellen diese Gruppierungen eine Ressource dar, deren Bedeutung in den kommenden Jahren noch stark zunehmen dürfte: ihr Wissen und ihr ehrenamtliches Engagement sind für die katholische Kirche in Deutschland von unschätzbarem Wert.

Das Potenzial, das die katholische Kirche in enger ökumenischer Zusammenarbeit aufgrund ihrer spezifischen Inhalte und organisationellen Voraussetzungen in diesen globalen Transformationsprozess einbringen kann, sollte Anlass zur Hoffnung sein und zu noch entschiedenerem Handeln ermutigen. Wenn die Kirche den hier beschriebenen Reform- und Transformationsbedarf auch innerkirchlich konsequent angeht, kann sie *wirkmächtige Akteurin des Wandels* sein und zusammen mit allen Menschen „guten Willens“ dazu beitragen, dass Menschen überall auf diesem Planeten heute und zukünftig gut leben können und die gesamte Schöpfung bewahren.

Nachweise

¹ Wissenschaftliche Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz (2018): Raus aus der Wachstumsgesellschaft? Eine sozialetische Analyse und Bewertung von Postwachstumsstrategien. Studien der Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“, Bd. 21. Bonn.

² Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen (WBGU), Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Hauptgutachten, Berlin 2011, Glossar S. 417.

³ Rauner u.a. (2020): Coal exit health and environmental damage reductions outweigh economic impacts.

⁴ Ebd.

⁵ Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (2019): BGR Energiestudie 2019.

⁶ Vgl. Financial Times (5.7.2020): China still needs to curb King Coal, <https://www.ft.com/content/a8co82b4-5ac9-4446-bd4f-756bad1f765>, sowie South China Morning Post (21.7.2020): China's coronavirus recovery drives boom in coal plants, casting doubt over commitments to cut fossil fuels, <https://www.scmp.com/economy/china-economy/article/3094098/chinas-coronavirus-recovery-drives-boom-coal-plants-casting>.

⁷ Steckel, J., u.a. (2019): Coal and Carbonization in Sub-Saharan Africa. In: Nature Climate Change, 10, 83–88 (2020).

⁸ Zur erhöhten COVID-19-Sterblichkeit durch Luftverschmutzung vgl. Ogen, Y (2020). Assessing nitrogen dioxide (NO₂) levels as a contributing factor to coronavirus (COVID-19) fatality. In: Science of The Total Environment, Volume 726, 15 July 2020. Zum beginnenden Bewusstseinswandels in China. Vgl Ito, K., & Zhang, S. (2020). Willingness to pay for clean air: Evidence from air purifier markets in China. Journal of Political Economy, 128(5), 1627 – 1672.

⁹ Meyer, B., Küchler, S., Hölzinger, O. (2010): Staatliche Förderungen der Stein- und Braunkohle im Zeitraum 1950-2008. Verfügbar unter https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/Kohlesubventionen_1950-2008_o.pdf.

¹⁰ Umweltbundesamt (2020): Beschäftigung im Umweltschutz. Entwicklung und gesamtwirtschaftliche Bedeutung. Verfügbar unter https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2020_hgp_beschaeftigung_im_umweltschutz_final_bf.pdf.

¹¹ Kalkuhl, M., Steckel, J.C., Montrone, L. et al. Successful coal phase-out requires new models of development. In: Nat Energy 4, 897–900 (2019). <https://doi.org/10.1038/s41560-019-0500-5>.

-
- ¹² Lessmann, K., Kalkuhl, M. (2020): Climate Finance Intermediation: Interest Spread Effects in a Climate Policy Model. In: cesifo working papers Juni 2020, verfügbar unter: https://www.cesifo.org/DocDL/cesifo1_wp8380.pdf, sowie Hirth, L. and Steckel, J. C. (2016): The role of capital costs in decarbonizing the electricity sector. *Environmental Research Letters*, 11(1):1–8.
- ¹³ Zur BGR Energiestudie (2018) vgl. https://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Energie/Downloads/energiestudie_2018.pdf;jsessionid=FDEoD1A98200AA55707FFE31ED1E4CD4.2_cid284?__blob=publication-File&v=10 und zur MCC Carbon Clock vgl. <https://www.mcc-berlin.net/forschung/co2-budget.html>.
- ¹⁴ Zur Bedeutung des CO₂-Budgets vgl. Allen, M., Frame, D., Huntingford, C. et al. Warming caused by cumulative carbon emissions towards the trillionth Tonne. *Nature* 458, 1163–1166 (2009). <https://doi.org/10.1038/nature08019>.
- ¹⁵ Leroutier, M. (2019): Carbon Pricing and Power Sector Decarbonisation: Evidence from the UK. FAERE Working Paper, 2019.12.
- ¹⁶ Zur Bedeutung tradiertter sozialer Normen vgl. Nyborg, K. et al.: Social norms as solutions. In: *Science* 07 Oct 2016: Vol. 354, Issue 6308, pp. 42–43, DOI: 10.1126/science.aaf8317.
- ¹⁷ Ellen McArthur Foundation (2015): Growth within: a circular economy vision for a competitive Europe. https://www.ellenmacarthurfoundation.org/assets/downloads/publications/ElleMacArthurFoundation_Growth-Within_July15.pdf.
- ¹⁸ Einen guten Einstieg in die Thematik bietet Leisman et al. (2012): Nutzen statt besitzen. Heinrich Böll Stiftung, Schriften zur Ökologie Bd. 27, https://www.boell.de/sites/default/files/Endf_NutzenStattBesitzen_web.pdf.
- ¹⁹ Public health benefits of strategies to reduce greenhouse-gas emissions: urban land transport, <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0140673609617141>.
- ²⁰ Institut der Deutschen Wirtschaft: IW-Report 43/2020, verfügbar unter https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Report/PDF/2020/IW-Report_2020_Autoindustrie.pdf.
- ²¹ Vgl. Gemeinsames Eckpunktepapier „Künstliche Intelligenz und Mobilität“ des Bevollmächtigten des Rates der EKD und des Leiters des Kommissariats der deutschen Bischöfe, verfügbar unter https://www.kath-buero.de/files/Kath_theme/Stellungnahmen/2020/200203%20KB%20EKD%20Eckpunktepapier%20KI%20und%20Mobilitaet.pdf.
- ²² Car use: lust and must. Instrumental, symbolic and affective motives for car use <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0965856404001016>.
- ²³ Happy or liberal? Making sense of behavior in transport policy design <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S136192091500111X>.
- ²⁴ Vgl. C40 Cities (2020): Global Majors Covid19 Recovery Taskforce. <https://www.c40.org/other/covid-task-force>.

-
- ²⁵ Bar-On, Yinon M. / Philipps, Rob / Milo, Ron (2018): The biomass distribution on Earth. In: Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America (PNAS) June 19, 2018 115 (25) 6506-6511. PNAS: May 21, 2018; <https://doi.org/10.1073/pnas.1711842115>.
- ²⁶ Clark, M. et al. (2019): Multiple health and environmental impacts of foods. In: Proceedings of the National Academy of Sciences Nov 2019, 116 (46) 23357-23362.
- ²⁷ FAO (2018): The future of food and agriculture – Alternative pathways to 2050. Supplementary material. Rome.
- ²⁸ Böll-Stiftung, Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland und Le Monde Diplomatique (2021): Fleischatlas 2021. https://www.boell.de/sites/default/files/2021-01/Fleischatlas2021_o.pdf?dimension1=ds_fleischatlas_2021.
- ²⁹ West, M. et al.: Leverage points for improving global food security and the environment. In: Science 18 Jul 2014. Vol. 345, Issue 6194, pp. 325-328. DOI: 10.1126/science.1246067.
- ³⁰ Vgl. hierzu: Edenhofer, O. et al. (2010): Global aber gerecht. Klimawandel bekämpfen, Entwicklung ermöglichen. Ein Report des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung des Instituts für Gesellschaftspolitik München im Auftrag von Misereor und der Münchner Rück Stiftung. C.H. Beck, München.
- ³¹ Vgl. Rockström et al.: Planetary boundaries: Exploring the safe operating space for humanity. In: Ecology and Society. Band 14, Nr. 2, 2009, <https://www.ecologyandsociety.org/vol14/iss2/art32/>.
- ³² Vgl. Lobel, D. (2017): Philosophies of Happiness: A Comparative Introduction to the Flourishing Life. Columbia University Press.
- ³³ Vgl. Sen, A. (2000): Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. Carl Hanser Verlag, München.
- ³⁴ Vgl. Wallacher, J. (2011): Mehrwert Glück. Herbig Verlag, München.
- ³⁵ Für eine detaillierte Auseinandersetzung vgl. „Institutionelle Reformen für eine Politik der Nachhaltigkeit“ der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des 13. Deutschen Bundestages 1997, sowie Tamoudi, N., Faets, S. und Reder, M. (Hrsg., 2020): Politik der Zukunft, Transkript Verlag, Bielefeld.
- ³⁶ Vgl. Schneidewind, U. und Zahrnt, A. (2013): Damit gutes Leben einfacher wird, Perspektiven einer Suffizienzpolitik. Oekom Verlag, München.
- ³⁷ Acemoglu, D. und Robinson, J. (2012): Why Nations Fail: The Origins of Power, Prosperity and Poverty. New York: Crown.
- ³⁸ Vgl. dazu Douglas North, Institutionen, Institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung (= Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften. Bd. 76). Mohr, Tübingen 1992.
- ³⁹ vgl. hierzu Edenhofer, Ottmar, Klima, Kapitalismus, Kirche. Die Systemfrage, in: Herder Korrespondenz spezial. Verlorenes Paradies Oktober 2020, 50-52.
- ⁴⁰ Handelsblatt (18.1.2020): Experten schlagen Alarm: Corona-Konjunkturpakete in G20-Ländern bremsen Klimaschutz.

https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/globale-erwaermung-experten-schlagen-alarm-corona-konjunkturpakete-in-g20-laendern-bremsen-klimaschutz/26631524.html?utm_source=red&utm_medium=nl&utm_campaign=hb-morningbriefingcorona&utm_content=20201118&ticket=ST-21734-n4Qade-JCtvbWwA7d4dUm-ap3.

⁴¹ vgl. hierzu „Vertrauen in die Demokratie stärken. Ein Gemeinsames Wort der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland“ 04/2019.

⁴² Beyer, J.: (2005): Pfadabhängigkeit ist nicht gleich Pfadabhängigkeit! Wider den impliziten Konservatismus eines gängigen Konzepts. In: Zeitschrift für Soziologie, Band 34: Heft 1, 5-21.

⁴³ Die dieses Phänomen beschreibende „Prospect Theory“ der Psychologen Daniel Kahneman und Amos Tversky wurde im Jahr 2002 mit dem Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnet.

⁴⁴ Ivanova, D., & Wood, R. (2020). The unequal distribution of household carbon footprints in Europe and its link to sustainability. *Global Sustainability*, 3, E18. doi:10.1017/sus.2020.12.

⁴⁵ https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/co-ausstoss-zehn-billionen-markt-wie-maschinenbauer-vom-klimaschutz-prof-ittieren/25998442.html?b=903&sfmc_sub=326288417&mid=7322111&j=757684&l=266_HTML&u=17955968.

⁴⁶ WBGU (2011): Welt im Wandel - Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Hauptgutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen. S. 346.

⁴⁷ Gesang, B. (2014): Kann Demokratie Nachhaltigkeits? Wiesbaden: Springer VS.

⁴⁸ Vgl. Ridgeway, L. (2007): Chair's Summary. In: OECS. Subsidy Reform and Sustainable Development: Political Economy Aspects. Paris: OECD Publishing. Sowie: Einsiedel, S. (2020): Politik der Zukunft. Praktische Ideen und Vorschläge für nachhaltige Strukturen in einer demokratischen Mitsprachegesellschaft. In: Tamoudi, N. / Faets, S. / Reder, M. (Hrsg.): Politik der Zukunft. Zukünftige Generationen als Leerstelle der Demokratie. Bielefeld: transcript Verlag, 153-170.

⁴⁹ Vgl. <https://blog.misereor.de/2020/03/30/windenergie-in-brasilien-chancen-und-herausforderungen/>.

⁵⁰ Vgl. Wodak, R. (2016): Politik mit der Angst. Wien: Edition Konturen.

⁵¹ Bitkom (2020): Erste Ergebnisse der Bitkom-Studie „Klimaeffekte der Digitalisierung“. <https://www.bitkom.org/Klimaschutz>.

⁵² Schumpeter, J. (1926): Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. 2. überarbeitete Neuauflage, Dunker und Humblot: Berlin.

⁵³ Viele wichtige Empfehlungen dazu finden sich bereits in: Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des 13. Deutschen Bundestages (1997): Institutionelle Reformen für eine Politik der Nachhaltigkeit. Springer, Berlin.

-
- ⁵⁴ Lockwood, M. (2013): The political sustainability of climate policy: The case of the UK Climate Change Act. In: *Global Environmental Change*, Volume 23, Issue 5, 1339-1348, <https://doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2013.07.001>, sowie Pahle, M. et al. (2018): Sequencing to ratchet up climate policy stringency. In: *Nature Clim Change* 8, 861-867. <https://doi.org/10.1038/s41558-018-0287-6>.
- ⁵⁵ Pahle, M. et al. (2018): Sequencing to ratchet up climate policy stringency. In: *Nature Clim Change* 8, 861-867. <https://doi.org/10.1038/s41558-018-0287-6>.
- ⁵⁶ Vgl. dazu G. Felbermayr u.a., Für ein duales System der CO₂-Bepreisung in Deutschland und Europa, *Kiel Focus* 7/19, <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/kiel-focus/2019/fuer-ein-duales-system-der-co2-bepreisung-in-deutschland-und-europa-o/>.
- ⁵⁷ Klenert, D. et al. (2018): Making Carbon Pricing Work for Citizens. In: *Nature Climate Change* 8, S. 669-677.
- ⁵⁸ Kornek, U. und Edenhofer, O. (2019): The strategic dimension of financing global public goods. Working Paper. Sowie: Cramton, P. et al. (Hrsg.) (2017): *Global Carbon Pricing: The Path to Climate Cooperation*, Cambridge, MIT Press.
- ⁵⁹ Mehling, M.A. et al (2018): Linking climate policies to advance global mitigation, *Science* 359(6379), S. 997-998; sowie: Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2017): Gutachten zur essenziellen Rolle des CO₂-Preises für eine effektive Klimapolitik.
- ⁶⁰ Systemic and Club of Rome (2020): *A System Change Compass. Implementing the European Green Deal in a time of recovery*. S. 54.
- ⁶¹ Ebd. S. 53.
- ⁶² Vgl. <https://www.unglobalcompact.org/>.
- ⁶³ Vgl. Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz, Pastoralkommission der Deutschen Bischofskonferenz und Deutsche Kommission Justitia et Pax (2019): *Dem Populismus widerstehen. Arbeitshilfe zum kirchlichen Umgang mit rechtspopulistischen Tendenzen*.
- ⁶⁴ Vgl. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.): *Mehr Teilhabe und Zusammenhalt durch gleichwertige Lebensverhältnisse. Ein kirchlicher Diskussionsbeitrag. Die Deutschen Bischöfe – Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen* Nr. 49 (Bonn 2020), S. 17 ff.
- ⁶⁵ Deutsche Stiftung Weltbevölkerung: *Fakten zu Verhütung und Familienplanung*, Juni 2017.
- ⁶⁶ United Nations Population Division 2019.
- ⁶⁷ Wiemeyer, J. (2019): Und vermehret euch nicht. In: *Herderkorrespondenz* 8/2019. 42-45.
- ⁶⁸ Für einen Überblick vgl. Bernstein, S. und Cashore B. (2007): Can non-state global governance be legitimate? An analytical framework. In: *Regulation & Governance* 2007-1, 347-371.

-
- ⁶⁹ Baumgart-Ochse, C. und Wolf, K. (Hrsg. 2018): Religious NGOs at the United Nations. Polarizers or Mediators? London: Routledge.
- ⁷⁰ Glaab, K. und Fuchs, D. (2018): Green Faith? The role of faith-based actors in the global sustainable development discourse. In: Environmental Values 27(3): 289-312, doi.org/10.3197/096327118X15217309300840.
- ⁷¹ Fuchs, D. und Graf, A. (2015): Interessenvertretung in der Globalisierten Welt. In: Zimmer, A. und Speth, R. (Hrsg.): Lobbywork. Interessenvertretung als Politikgestaltung. Wiesbaden: Springer, S. 97-120.
- ⁷² Corporate Europe Observatory (2014) <https://corporateeurope.org/en/press-releases/2014/07/agribusiness-biggest-lobbyist-eu-us-trade-deal-new-research-reveals>.
- ⁷³ Barbato, M. und Kratochwil, F. (2009): Towards a post-secular political order? In: European Political Science Review 1(3): 317-340.
- ⁷⁴ Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.) (2018): Schöpfungsverantwortung als kirchlicher Auftrag. Handlungsempfehlungen zu Ökologie und nachhaltiger Entwicklung für die deutschen (Erz-)Diözesen. Bonn.
- ⁷⁵ Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.) (1998): Handeln für die Zukunft der Schöpfung. Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der DBK, Bonn.
- ⁷⁶ Bernhard Emunds/Stephan Goertz (2020): Kirchliches Vermögen unter christlichem Anspruch, Freiburg, 341-346.
- ⁷⁷ Vgl. Caritas Verband Passau (Presseerklärung 23.7.2020): Caritas setzt Zeichen für fairen Handel. <https://www.caritas-passau.de/aktuelles/presse/caritas-setzt-zeichen-fuer-fairen-handel-c0574860-91da-4400-8ba4-766d8f4508fc>.
- ⁷⁸ Vgl. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (2016): Der bedrohte Boden. Ein Expertentext aus sozialetischer Perspektive zum Schutz des Bodens. Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen, Nr. 44. Bonn.
- ⁷⁹ Wissenschaftliche Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz (2010): Mit Geldanlagen die Welt verändern? Eine Orientierungshilfe zum ethikbezogenen Investment. Studien der Sachverständigenengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“, Bd. 18. Bonn.